

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 416.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach Belieben zu beziehen. Preis vierteljährlich Nr. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postgebühren für die 4 Quartale Nr. 4,00. A. Richter.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abzugeben sein.

Nr. 134.

Sonntag, den 11. Juni 1899.

6. Jahrgang.

## Protest gegen die Zuchtthausvorlage.

Mittwoch in den „Central-Hallen“

Referent: Reichstagsabgeordneter Zubeil.

### Kein organisirter Arbeiter darf fehlen!



Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt“.

#### Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 9. Juni 1899.

Der Reichstag beendete heute zunächst die zweite Beratung des Invaliditätsgesetzes. Von sozialdemokratischer Seite war noch die Anfügung eines Artikels beantragt, der eine Ergänzung des Krankenversicherungsgesetzes bezweckte. Einmal sollte der Krankenversicherungszwang auf die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie als Gesinde beschäftigten Arbeiter ausgedehnt werden, dann sollte die Zahlung von Krankengeld, statt wie bisher zur 13. Woche, bis zur 26. Woche reichsgesetzlich festgelegt werden. Es handelt sich hier um Ausfüllung des oft erwähnten Vacuums das nach Inkrafttreten des Invaliditätsgesetzes zwischen der 13. und 26. Woche für den Versicherten entsteht, da die Leistungen der Krankenkasse schon nach der 13. Woche aufhören, die der Invaliditätsgesetz erst mit der 26. Woche einer Krankheit beginnen. Die Anträge wurden abgelehnt. Vorher gab es noch eine erregte sozialdemokratisch-agrarische Debatte. Genosse Stadthagen nahm die Gelegenheit wahr, das Wohnungs- und die Erwerbsverhältnisse der ländlichen Arbeiter Ostpreußens in ihrer ganzen Erbärmlichkeit zu schildern. Herr Graf Klinkowström wollte zwar zuerst nicht darauf eingehen, wurde aber durch unsern Genossen Haase, der auf einen früheren Angriff des Grafen erwiderte, dazu gezwungen. Genosse Haase schilderte ausführlich die Zustände auf dem Gute des Grafen und dieser konnte es nicht widerlegen, daß er im vorigen Jahre eine große Anzahl russischer und polnischer Arbeiter angenommen hatte.

Dem ostelbischen Grafen kam der freisinnige Abgeordnete Bräsecke zu Hilfe. Eine ruhige halbe Stunde, in der die Vorlagen über die Kanalgebührenordnung, das Flaggenrecht der Kauffahrtschiffe und einige Wahlprüfungen erledigt wurden, führten wieder zu einem stürmischen Sitzungstheil hinüber. Die Wahlprüfungskommission hatte die Ungültigkeit der Wahl des antisemitischen Abg. Lohse beantragt, der Abg. Liebermann wollte aber seinem Freunde noch eine Galgenfrist über die Vertagung und damit die Reichstagsreise-Freikarte retten. Er beantragte Zurückverweisung an die Kommission und kündigte gleichzeitig an, daß er auch die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln würde, ein Vorhaben, das zweifellos Erfolg gehabt hätte. Die Ungültigkeitserklärung war erfolgt, weil eine sozialdemokratische Versammlung in Hohenstein ganz unberechtigter Weise verboten worden war, und auf der Linken vertrat man die Meinung, daß dieser sächsischen Polizeiwillkür gegenüber der Reichstag einmal ein Exempel statuieren müsse. Als dieser Ansicht, die von den Abg. Leuzmann und Webel sehr wirkungsvoll vertreten wurde, auch der ultramontane Abg. Spahn beitrug, da war es um die Fassung des Abg. Liebermann geschehen. Mit seinem brutalen Brustton angeblicher Ueberzeugung witterte er gegen die Sozialdemokraten, denen gegenüber Gerechtigkeit nicht am Platze, dann winkte er um Gnade und Gerechtigkeit für seine kleine vielgeschmähte Partei. Herr Liebermann kennt zwar ein großes Schimpfregiment, aber nicht die Geschäftsordnung

des Reichstags anwendig und so verpackte er den richtigen Moment, die Beschlußfähigkeit zu bezweifeln. Es wurde unter großer Heiterkeit über den Mieses - Steinfall der Antisemiten abgestimmt und Abg. Lohse flog mit Eleganz hinaus. Er braucht sich vorläufig nicht nach Berlin zu bemühen, wohin er ja, nach seiner häufigen Abwesenheit zu schließen, ja sowieso nicht gern zu kommen scheint. Die nächste Sitzung findet erst Montag statt.

89. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Auf Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky  
Die zweite Beratung des Invaliden-Versicherungsgesetzes wird fortgesetzt.

Die Paragraphen 136 bis 142 werden debattiert angenommen.

In § 143, welcher Strafbestimmungen für Arbeitgeber für Nichtverwendung von Beitragsmarken enthält, beantragt v. Salisch (R.) die Ausdehnung der Strafbestimmung auf solche Arbeitgeber, die sich der Beitragszahlung für von ihnen beschäftigte ausländische Arbeiter entziehen.

Geheimrath Krausmann erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Der Antrag Salisch wird darauf angenommen, ebenso eine vom Abg. v. Voebell (R.) beantragte redaktionelle Veränderung, und schließlich der danach umgestaltete § 143 — Die §§ 144—146 gelangen debattiert zur Annahme.

In § 147 hat die Kommission einen Satz gestrichen, nachdem die Strafsanduhnung für Uebereinkommen, die dem Gesetze zuwiderlaufen, hinsichtlich derjenigen Beträge ausgeschlossen sein sollte, durch welche versicherungspflichtige Personen gegenüber Arbeitgebern, zu denen sie nicht in einem regelmäßigen Arbeitsverhältnisse stehen, sich verpflichten, von der Befugnis zur Selbstentrichtung der Beiträge Gebrauch zu machen.

Herr v. Richtigosen (R.) beantragt, diesen Satz wiederherzustellen.

Rückseite (R.) widerspricht diesem Antrage, da er es für billig hält, auch solche dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufende Vorträge unter Strafe zu stellen.

Der Antrag Richtigosen wird darauf abgelehnt und § 147 unverändert angenommen. — Ebenso debattiert der Rest des Gesetzes.

Als Artikel II beantragen die Abgg. Albrecht und Geu. (SD.) eine Reihe von Änderungen zum Krankenversicherungsgesetz.

Präsident Graf Ballerem bezweifelt, daß eine wesentliche Verbindung zwischen dem Invalidenversicherungsgesetz und dem Amendement Albrecht vorliege und ob somit geschäftsordnungsmäßig eine Verathung des Amendements in der heutigen Sitzung möglich sei.

Stadthagen (SD.) (zur Geschäftsordnung): Unser Antrag will die Möglichkeit beseitigen, daß Arbeiter der Invalidenversicherung unterliegen. Die Verbindung mit dem Invalidengesetz ist also gegeben.

Präsident Graf Ballerem: Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich das Amendement beraten lassen.

Widerspruch erfolgt nicht, es wird also zunächst § 1 des Artikels II beraten. Er lautet:

Dem § 1 des Krankenversicherungsgesetzes wird folgenden Absatz zugesetzt:

In land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben, sowie als Gesinde beschäftigte Arbeiter sind der reichsgesetzlichen Versicherungspflicht unterworfen, wenn ihnen nicht durch landesgesetzliche Vorschriften über Versicherungspflicht im Krankheitsfalle mindestens dieselben Leistungen gewährt werden, wie sie das Krankenversicherungsgesetz für die Gemeindefrankenkassen vorschreibt.

Stadthagen (SD.): Die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung ist seiner Zeit lediglich deshalb antwortbar, weil in einzelnen Landestheilen z. B. in Württemberg die ländlichen Arbeiter durch landesgesetzliche Bestimmungen eine günstigere Krankenversicherung haben, als die reichsgesetzliche Regelung ihnen gewährt hätte. Durch unsern Antrag werden nun die günstigeren Bestimmungen für die Einzelländer beibehalten und es soll vor allem in Ostpreußen die Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter eingeführt werden. Die traurigen Verhältnisse der ländlichen Arbeiter im Osten haben wir ja schon bei dieser Vorlage ein-

gehend betrachtet. Wird nicht jetzt seitens des Reichs die Krankenversicherung dort, wo sie nicht besteht, eingeführt, so werden die kleineren Grundbesitzer, die Bauern, geradezu dem Ruin entgegengeführt. Auf Anregung meiner Partei und des Centrums wurde in § 17 des Vortragsbuches die Bestimmung aufgenommen, daß ein Arbeitgeber für Arbeiter, die in seine Hausgemeinschaft aufgenommen sind, in Krankheitsfällen die volle Verpflegung und die Kosten für den Arzt zu bezahlen habe. Als das geschah, erwarteten wir die Einführung der Krankenversicherung auch in die Landestheile, wo sie nicht besteht; das ist nicht geschehen und nun bedient jene Bestimmung eine furchtbare Schädigung der kleinen Besitzer. — Der Mangel an sozialer Fürsorge für die Arbeiter ist der Hauptgrund des Defizits der ostelbischen Anstalten. Auf dem Tuberkulose-Kongress ist festgestellt worden, daß die Arbeiter, die durch Noth aus ihrer Heimath vertrieben werden, für die Landestheile, zu denen sie sich wenden, Träger und Verbreiter von Krankheiten sind. Wir haben die Verpflichtung, diesem Zustande ein Ende zu machen; die sich diesem Bestreben widersetzen, handeln antinational. Unser § 1 ist ein kleines, aber notwendiges Mittel zu dem Zweck der Beseitigung dieses Zustandes (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Klinkowström (R.): Abgeordneter Stadthagen irrt sich, wenn er glaubt, eine Agrar- und Sozialisierungsdebatte zu entfesseln. Auf den Miesefeldern bei Berlin soll es vorgekommen sein, daß 8 Ehepaare in einem Schlafsaal schliefen. Solche Schweineschläfe giebt es in Ostpreußen nicht. (Lachen links). Abg. Stadthagen weiß wahrscheinlich nicht einmal, wo Ostpreußen liegt. (Heiterkeit). Mit dem Eintreten für die Kleinbauern wird Herr Stadthagen bei denselben nur Heiterkeit ernten. (Bravo! rechts; Lachen links).

Herr v. Richtigosen (R.) wendet sich gegen den Antrag. Er habe nicht gedacht, daß noch zuletzt die sachliche Verathung durch Knäuelstöße geführt werde.

Rückseite (SD.) (liberal) hält die Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter, desgleichen die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf 26 Wochen für notwendig, vertraut aber der Regierung, daß sie ihr Versprechen erfüllen werde und wird deshalb gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Stadthagen (SD.): Der Versuch des Grafen Klinkowström, die ostpreussischen Wohnungsverhältnisse mit gewiss zu tabeln den Wohnungsverhältnissen in der Nähe von Berlin zu entschuldigen, ist gerade so, wie wenn Schulte seinen Diebstahl damit entschuldigt, daß Müller auch gestohlen habe. Die schäblichen Wohnungsverhältnisse in Ostpreußen werden Sie nicht leugnen können. Wie oft kommen zu mir — ich bin Mitglied der Berliner Armenverwaltung — Leute thränenden Auges und bitten, nur nicht nach Ostpreußen zurückzufahren zu werden. Es giebt glücklicher Weise schon viele Kleingrundbesitzer, welche wissen, daß der Großgrundbesitzer der schlimmste Feind des kleinen Bauern ist. Das Vertrauen des Herrn Abg. Rückseite auf unsere Regierung treibe ich nicht; mag Herr Rückseite sich doch des bekannten § 8 des Vereinsgesetzes erinnern. In Rücksicht auf ihre große soziale Bedeutung nehmen Sie unsere Anträge an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vraeside (SP.): Die Verhältnisse in Ostpreußen sind nicht so schlimm, wie Herr Stadthagen sie hinstellt. Wenn dem so wäre, so müßte ja Ostpreußen eine ganz schauerhafte Provinz sein (Heiterkeit). Die ostpreussischen Landarbeiter haben es recht gut. (Schallendes Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, lebhaftes Bravo! rechts.)

Graf Klinkowström (R.): Gegenüber dem groben Unfug der sozialdemokratischen Agitation müssen Konervative und Freisinnige ihre Keinen Streitigkeiten vergessen. Die Worte des Herrn Vraeside haben mich daher sehr erfreut. (Veh. Bravo! rechts.)

Haase-Königsberg (SD.): Der Beifall, der dem Herrn Abg. Vraeside von rechts — und zwar fast nur von rechts — gespendet wurde, wird ihm das Bedenkliche seiner Ausführungen klar gemacht haben. Er behandelt seine Leute gut und denkt nun, die andern Grundbesitzer machen es auch. Ich leugne ja nicht, daß auf manchen Gütern die Arbeiter gut behandelt werden, z. B. auf dem meines Parteigenossen Braun-Wehlem, des Gegenkandidaten des Grafen Klinkowström bei der letzten Wahl, den derselbe vor Pfingsten in der heftigsten Weise angegriffen hat. Auf dem Gute des Herrn Braun bleiben die Tagelöhner lange Jahre; auf dem Gute des Grafen Klinkowström kehren die „Arbeiterwohnungen leer“, und werden meist russische und polnische Arbeiter beschäftigt, weil einheimische Arbeitskräfte



sch nicht finden. Wenn die Herren auf der Rechten behaupten, die Arbeiterverhältnisse zu kennen, so sollten sie für unseren Antrag stimmen. Russische und polnische Arbeiter werden nicht immer zu haben sein — die Grundbesitzer in den Westprovinzen Russlands bemühen sich, ein Verbot der Wanderarbeit zu erwirken. Herr v. Kintowström hat am 12. vor. Monats meine Abwesenheit benutzt, persönliche Angriffe gegen mich zu richten (Graf Wallenstein hält es für unzulässig, daß ein Abgeordneter über die Motive eines anderen richtet); er hat mir Unkenntnis des Verwaltungsrechts vorgeworfen — er selbst scheint z. B. den § 26 des Disziplinargesetzes nicht zu kennen; politische Referendar das, so würde er durch das Vorgesetzene fallen. (Weiterkeit.) Nach dem Grafen Kintowström soll mein Parteigenosse Braun Bauern ausgeschlachtet haben. Die Sache verhält sich so, daß Herr Braun ein Grundstück erstanden hat, damit die Kautschuk-Partei, in deren Ausschichtungsrat er sitzt und die eine Hypothek darauf haben hat, seinen Verlust erleihe und zugleich, um einem armen Parteigenossen eine sichere Anlaufstätte zu gewähren. Was die Wahlschlichtung des Grafen Kintowström betrifft, so haben die Konservativen seit der vorletzten Reichstagswahl in Ostpreußen 14 087 Stimmen verloren. (Graf Wallenstein bittet den Redner, bei der Geschäftsverteilung des Reichstages auf die Sache nicht weiter einzugehen.) Das Urteil aus Kautschuk ist von dem Grafen ganz falsch verstanden worden — er hätte besser gefragt, zu Schweigen, obgleich er auch kein Philosoph sein würde. (Weiterkeit. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Graf Wallenstein (K.): Daß man in sozialdemokratischen Kreisen auf mich schlecht zu sprechen ist, glaube ich; man strömet mich eben. (Singer: Ja, so sehen Sie auch aus! Große Weiterkeit.) Redner kommt sodann auf sein eigenes Verhalten gegenüber seinen Arbeitern zu sprechen, rühmt seine und seiner Familie Opferwilligkeit und Großmuth. Seine Frau stehe oft Nacht auf, um kranke Arbeiter zu pflegen. Herr Daake müsse über die Treue seiner Verhältnisse eben schlecht orientirt sein.

Haase (S.): Ich habe wirklich zu der Frau Gemahlin des Herrn Grafen Kintowström gar keine Beziehungen. (Stimmliche Weiterkeit.) Ich will gern an ihre Wohlthätigkeit glauben. Aber wir wollen keine Wohlthätigkeit, die den Empfänger nur entedigt. Wir wollen die Rechte des Arbeiters zu erweitern, daß er Wohlthaten nicht mehr braucht. (Dravo! b. d. Soz.)

§ 1 wird abgelehnt.  
§ 2 lautet: Im § 6 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes werden die Worte: der 13. Woche, durch die Worte: der 20. Woche ersetzt.

Mollenhuth (S.): Die Regierung hat zwar versprochen, bei einer demnächstigen Revision des Krankenversicherungsgesetzes, die Frage zu regeln, die wir jetzt schon regeln wollen. Aber diese Revision soll frühestens in zwei Jahren erfolgen. Und so lange wollen wir nicht warten. Eine Aenderung ist hier leicht herbeizuführen. Nur wenige Paragraphen brauchen geändert zu werden. Die Mehrausgaben werden im Allgemeinen von den Klassen sehr wohl bestritten werden können. Es ist Aufgabe der Gesetzgebung, jenen unhaltbaren Zustand zu beseitigen, dadurch erhält die Verlängerung der Krankenzustand erst wirklichen Werth.

Die (S) erklärt sich auch gegen den Paragraphen.  
Der § 2 wird abgelehnt.  
§ 3 lautet: Dem § 8 des Krankenversicherungsgesetzes wird folgender Absatz hinzugefügt: Der ordentliche Tagelohn für erwachsene Personen muß auf mindestens 1,50 Mark festgesetzt werden.

Stadthagen (S.): Wir haben ordentliche Tagelöhne, besonders in Ostpreußen, die leider 1,50 Mk. nicht erreichen, theilweise sogar unter 1 Mk. heruntersinken. Je geringer aber der ordentliche Tagelohn, desto geringer ist auch das Krankengeld und je geringer dieses, desto geringer die Möglichkeit der Vorbeugung der Invalidität. Nach unserem Antrag werden die Leistungen aus dem Krankenversicherungsgesetz und Invaliditätsgesetz um 20 bis 30 Pfg. erhöht. Ich bitte Sie daher, diesen § 3 anzunehmen.

§ 3 wird darauf abgelehnt.  
Weiter beantragen die Sozialdemokraten folgende Bestimmung aufzunehmen: Arbeitgeber solcher Arbeiter, die zwar der Invaliditätsversicherung, nicht aber der reichsgesetzlichen oder einer gleichwertigen landesgesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterliegen, haben außer den ihnen durch die vorstehenden Bestimmungen dieses Gesetzes auferlegten Beiträgen das Doppelte des ihnen auferlegten Beitrags an die Versicherungsanstalt ihres Wohnortes zu zahlen.

Mollenhuth (S.): Im Interesse der Versicherungsanstalten wäre es zu wünschen, daß alle gegen Invalidität versicherten Personen auch gegen Krankheit versichert wären. Das ist aber bis heute nicht der Fall und deshalb muß dafür gesorgt werden, daß der Invalidenversicherung für die höheren Aufwendungen, die sie da zu machen hat, wo keine Krankenversicherung besteht, ein Äquivalent zugewiesen wird. Das will unser Antrag. Er bedeutet keineswegs eine übermäßige Belastung der Arbeitgeber, die dabei in Frage kommen. Sie sparen die Beiträge ja an der Krankenversicherung. Ich bitte Sie also, unsern Antrag anzunehmen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt; dagegen gelangt eine Resolution zur Annahme, durch welche die verbündeten Regierungen ersucht werden, in einer Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die bisherige 13 Wochen-Frist durch eine solche von 26 Wochen zu ersetzen.

Die weiteren Resolutionen, sowie die Petitionen werden bis zur dritten Lesung vertagt.

Die zweite Lesung des Invaliditätsversicherungsgesetzes ist damit beendet.

Der Gesetzentwurf, betr. den Reichsinvalidenfond wird in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Befähigen für die Benutzung des Kaiser Wilhelm-Kanals. Bei § 1 beantragt

Brämel (Fp.) die fünfjährige Vollmacht für den Kaiser, den Kanal festzusetzen, in eine dreijährige zu verändern.

Nach kurzer Debatte wird § 1 mit dem Amendement Brämel angenommen.

Die §§ 2-7 werden debattelos angenommen, desgleichen § 8 nach kurzer Debatte, sowie debattelos der Rest der Vorlage.

Der Bericht der Reichsschuldenkommission wird der Rechnungs-kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen.  
Die Wahl des Abg. Kötter (K.) (S. Breslau) wird für gültig erklärt.

Die Wahlen der Abg. Graf v. Carmer (K.) (Breslau), Hennig (K.) (10. Frankfurt), Haase (K.) (Leipzig), Hilbert (K.) (Dortmund) werden beantraut, desgleichen die des Abg. Garthehausen (Bund d. Landwirthe) (11. Hannover), von Standby (K.)

Die Wahl des Abg. Graf v. Dönhof-Friedrichstein, Königsberg wird auf Antrag des Abg. Haase (S.) an die Wahlprüfungs-kommission zurückerwiesen. (Sehr gut.)  
Die Wahl des Abg. Lohse (Ant.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.  
Viebermann von Sonnenberg (Ant.) beantragt Rückverweisung an die Kommission. Der Wahlprotest gründet sich auf ein Versammlungsverbot. Die Versammlung hätte aber schwerlich eine an der Wahl bewirkt.  
Benzmann (Fp.) tritt lebhaft für den Kommissionsbeschluß ein. Es müsse gegen die sächsischen Polizeiwirkre einmal ein Beispiel statuirt werden. Es handelt sich hier um eine gefährliche Wahl, bei der der Volkswille gewaltfam verhindert worden ist, zum Ausdruck zu gelangen.  
Debel (S.): Wenn die Wählerchaft nach Boze dort unsern Kandidaten, Fräulein, gehört hätte, so hätte sie allerdings leicht umgestimmt werden können. Außerdem liegt auch darin eine Wahlbeeinflussung, daß die Leute durch ein solches behördliches

Verbot leicht eingeschüchtern werden. Niemand wird in so unerhöhrter Weise behördlicher Mißbrauch getrieben, wie in Sachsen. Da muß ein für alle Mal ein Regel vorgegeben werden.

Viebermann von Sonnenberg (Kant.) meint, daß wenn ein Bürgermeister eine Versammlung verbietet, der Gewählte doch nichts dafür kann. (Enorme Weiterkeit.) Eine Neuwahl muß unter allen Umständen vermieden werden, um einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. (Hört, hört! Hört, hört!) Ich wiederhole meinen Antrag und bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Wa also!)

Spahn (S.) [unverständlich wie Reiz] tritt für die Ungültigkeit der Wahl ein, was nur der alten Praxis des Reichstages entspräche.

Oertel (K.) findet es durchaus richtig, daß die sächsischen Behörden dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Reidler (K.) meint, die sächsischen Polizeibehörden mögen sein wie sie wollen, gerecht sind sie. (Turbulente Weiterkeit.) Nach einigen weiteren Bemerkungen wird die Wahl für ungültig erklärt.

Der Abg. Viebermann von Sonnenberg hatte ferner Weise vergessen, seinen Zweifel an der Beschlußfähigkeit unmittelbar vor der Abstimmung noch einmal zu stellen, was allein zulässig ist. Es werden ferner die Wahlen der Abg. Dietrich (K.) und Pauli (K.) beantraut.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Kaiser Wilhelm-Kanalgebührenvorlage, Nachtragetat, Hypothekengesetz)  
Schluß 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die neue Militärstrafgerichtsordnung soll am 1. Oktober 1900 in Kraft treten; so hat am Donnerstag Kriegsminister v. Goltz in der Budgetkommission des Reichstages erklärt.

Ein Mandat verloren haben die Nationalliberalen im Reichstage. Bei der Ersatzwahl im Wahlkreis Gmden-Norden-Beer-Weener, die am Donnerstag stattfand, wurde Graf Kunyhausen (K.) mit 8302 Stimmen gewählt gegen Agena (K.), der 7202 Stimmen erhielt. — Daß die Nationalliberalen diesen Wahlkreis, den sie 1893 den Konservativen abgenommen hatten, wieder verloren haben, ist ihre ureigenste Schuld. Daß sie den Wahlkreis nicht aus eigener Kraft mehr behaupten konnten, hat schon die letzte Reichstagswahl 1898 gezeigt. Ihr inzwischen verstorbener Kandidat Franzius hatte bei der Hauptwahl 7184 Stimmen erhalten, während auf den konservativen Kandidaten 6638 entfallen waren. In der Stichwahl fielen die 1319 sozialdemokratischen Stimmen aus der Hauptwahl dem nationalliberalen Kandidaten zu, der dadurch mit einer ganz knappen Majorität (er erhielt 9367 Stimmen, sein Gegner 9319) den Konservativen schlug. Anschlaggebend für die Wahlenthaltung der Sozialdemokraten bei der Ersatzwahl war es, daß der nationalliberale Kandidat Agena sich nicht zu einer Absage gegen die Buchtshausvorlage entschließen konnte. Das Ergebnis war der konservative Sieg im ersten Wahlgange.

Nationalliberale Konsequenz. Jetzt, wo die Nationalliberalen der Buchtshausvorlage gegenüber nachgiebig sind, werden sie mit Recht an frühere Aussprüche ihrer Redner im Reichstage erinnert. So sagte seiner Zeit der Abg. Seyl zu Herrnsheim:

Die Vorlage kennen wir nicht; ich persönlich stehe auf dem Standpunkt: diese Vorlage, sie mag ausfallen wie sie will, ich lehne sie unbedingt ab. Ich halte eine derartige Vorlage selbst in der abgesehenwärmsten Form in diesem Augenblick, wo ein Bedürfnis nach keiner Richtung vorliegt, für eine schwere Einschüchterung der friedlichen Empfindungen in den Kreisen der staatsreuen Arbeiter.

Jetzt aber schwingt sich die nationalliberale Presse höchstens zum Widerspruch gegen einzelne Bestimmungen der Buchtshausvorlage auf. Das nennt man auf deutsch eben — nationalliberal.

Kleine politische Nachrichten. Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte Freitag den Nachtragsetat für die Marine. Ferner nahm dieselbe Kommission endgültig beim Nachtragsetat für das auswärtige Amt die Entscheidung der Gehälter der Beamten mit 150 000 Mk. an. — Die Wahlprüfungs-kommission des Reichstages beantragte die Wahl des Abgeordneten Babel (Wahlkreis Marburg-Frankenberg-Kirchhain). Wegen verschiedener Behauptungen in den überreichten Wahlprotesten sollen Beweiserhebungen stattfinden. — In der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Posadowsky abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde von der Deutschschrift zum Entwurf eines Gesetzes, betr. den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses rechte Buchtshausvorlage, Kenntnis genommen. Den zukünftigen Ausschüssen überwiesen wurden: der Entwurf eines Gesetzes für Etsch-Vorbringen über das Rechtsverhältnis der Lehrer; die Vorlage, betr. Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Mitwirkung der beiderseitigen konsularischen Vertreter bei Regelung von Nachlässen ihrer Staatsangehörigen; der Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung und Ergänzung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten; endlich der Entwurf von Vorschriften über die Führung des Genossenschaftsregisters und Anmeldungen zu diesem Register. Der Beschluß des Reichstages zu den Petitionen wegen Herstellung neuer Bahnhallen in Etsch-Vorbringen wurde dem Reichstanzler überwiesen. Den Ausschussanträgen, betr. die Zollbehandlung im Falle der veredelten Seidenweberei, ferner betr. die Verwendung abgabefreier Salzes zum Einsalzen von Heringen und ähnlichen Fischen, ferner der Vorlage wegen Vergrößerung von Holzgebunden nach Maß, sowie den Anträgen wegen Ueberweisung eines Arbeitsplatzes bei der Zoologischen Station in Noviguo wurde die Zustimmung erteilt. Außerdem wurde über die dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschläge wegen Befestigung zweier Mittelstrecken beim Reichsversicherungsamte, sowie über Eingaben Beschluß gefaßt. — Das Reichsgericht verwarf Freitag die Revision der Angeklagten im Prozeß gegen den „Simplicissimus“, nämlich des Kaufmanns Theodor Heine, der wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis, und der Druckereibesitzer Hesse u. Becker, die wegen jahrelänglichen Freibergehens zu je 300 Mk. am 19. Dezbr. 1888 vom Landgericht Leipzig verurteilt waren. Die Verhandlung über die Revision fand unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Ueber die Einführung eines einheitlichen Personentarifs haben, wie der württembergische Ministerpräsident von Mittnacht am Donnerstag bei der Beratung des Eisenbahnetats in der Kammer der Abgeordneten mittheilte, in der letzten Zeit auf Veranlassung des Reichseisenbahnamtes Verhandlungen zwischen Bayern, Baden, Württemberg und den Reichsländern stattgefunden. — Auch der württembergische Land-

tag wieder sich mit der Buchtshausvorlage zu beschäftigen haben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Klotz hat folgende Interpellation eingereicht: Ist der Herr Ministerpräsident bereit, dem Hause eine Mitteilung zu machen über die Stellung der württembergischen Regierung zu dem dem Reichstage vorgelegten Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen?

## Frankreich.

Alfred Drejus ist Donnerstag Nachmittag 2 Uhr auf dem Aviso „Gaeland“ an Bord des Kreuzers „Sfax“ gebracht worden. Er befindet sich jetzt also bereits auf dem Wege nach Europa. Ueber den Termin des neuen Drejus-Prozesses hat sich der Anwalt Demange dahin geäußert, daß die Verhandlung schwerlich vor Anfang August stattfinden könne. Infolge der Annahme der Vorlage, betreffend die Voruntersuchung bei Kriegsgerichten durch die Deputiertenkammer, wird Demange sofort nach Drejus' Landung in Vrest mit ihm in Verkehr treten können. Ebenso werden die Verteidiger du Paty de Clam's und die Verteidiger der durch die Vorfälle in Auteuil kompromittirten Offiziere nach der Veröffentlichung des Gesetzes, die heute oder morgen erfolgt, mit ihren Klienten in Verbindung treten können.

Donnerstag Abend fand zu Ehren Bolla's eine Versammlung der Anhänger der Revision statt, an welcher etwa 3000 Personen theilnahmen. Am Schlusse der Versammlung kam es zu Heibereien. Vor der Wohnung Bolla's fanden Kundgebungen für und gegen ihn statt. Die Fenster eines in der Nähe liegenden Cafes wurden zertrümmert, mehrere Personen wurden verhaftet.

Der Polizeipräsident hat umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, um etwaige Unruhestörungen auf dem Rennplatz in Longchamps am Sonntag zu verhindern.

Der „Gaulois“ fordert die Aristokratie auf, angeführt der „Provokationen“ seitens der Sozialisten und Anarchisten das Rennen um den „Grand prix“ diesmal nicht zu besuchen. Nach kein Fehler!

Mehrere Pariser Blätter bringen Meldungen über Gerüchte, die in den Wandelgängen der Kammer und des Senats bezüglich einer bevorstehenden Ministerkrisis umfliegen. Man hofft einen Anlaß zum Sturze Dupuy's namentlich in etwaigen Vorkommnissen am nächsten Sonntag zu finden. Ministerpräsident Dupuy und Kriegsminister Krantz hatten Freitag eine Besprechung mit dem General Burlinden und dem Polizeipräsidenten, in der die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung am Sonntag festgestellt wurden.

Im Fall Picquart ist am Freitag die Entscheidung getroffen. Die Anklagungskammer hat die vorläufige Freilassung Picquart's beschlossen. Picquart verließ Nachmittag 3 Uhr das Santé-Gefängnis und reiste nach Ville Aray ab.

Bolla reichte Freitag Nachmittag gegen das Versäumnisurtheil in Versailles beim Schwurgericht die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Es verlautet, die Mitglieder des Kriegsgerichts, wodurch Esterhazy seinerzeit freigesprochen wurde, seien entschlossen, die Privatklage gegen Bolla aufrecht zu erhalten.

Der Maire von Domont, Departement Seine et Oise, ist seines Amtes enthoben worden, weil er sich weigerte, das Revisionsurtheil des Kassationshofes in der Gemeinde anzuzeigen zu lassen.

Die Deputiertenkammer nahm einen Antrag an, für den die Dringlichkeit beschlossen war und wonach die Anklagungskammer in Zukunft keine Beschlüsse fassen darf, ohne vorher den Angeklagten und den Verteidiger vernommen zu haben. Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte Dejeante (S.) einen Antrag ein, wonach ein Kredit von 600 000 Frks. für die Opfer des Ausstandes in Roucaoules Wilnes bewilligt werden soll. Dejeante verlangte die Dringlichkeit. Nachdem Ministerpräsident Dupuy sich gegen die Dringlichkeit ausgesprochen hatte, wurde auf seinen Vorschlag der Antrag an die Budgetkommission verwiesen. Coutant (Sozialist) befragte sodann den Kriegsminister über das Verhalten einiger Offiziere beim Ausstande in Le Creusot und beklagte besonders, daß der Besitzer der Werke, Schneider, die dienstthuenden Offiziere bei sich aufgenommen habe. Der Kriegsminister erklärte, er habe sofort verfügt, daß es den Offizieren verboten werde, die Gastsfreundschaft der Arbeitgeber zu genießen und daß die Offiziere in den Schulgebäuden untergebracht würden. Der Zwischenfall war damit erledigt. Die Kammer trat sodann in die Beratung der Interpellation über Algerien ein.

## Lübeck und Nachbargebiete.

10. Juni.

Roll-, Blod-, Droßchen-Antiger, Dienstmänner, Handknechte u. Diener, Kofferträger, Straßenbahnangestellte u. s. w.:

## Versammlung

### Montag Abend 8 1/2 Uhr

### bei F. Leese, Lederstr. 3.

Gegen die Wohnungsnoth. Endlich, manche Posttage später, als nothwendig gewesen wäre, haben sich unsere maßgebenden Körperschaften an ihre Pflicht erinnert, dafür zu sorgen, daß die Proletarier, welche dem „Ehrbaren



**Kaufmann** den Goldsegen heranzuziehen, auch eine Stätte haben müssen, wo sie ihr müdes Haupt betten können. Der Mangel an Arbeiterwohnungen ist nachgerade ein so empfindlicher geworden, daß die Industrie schließlich nur noch junge und unerfahrene Arbeiter hätte heranzuziehen können; und die Arbeiter-Industrie, der Arbeitgeberverband, trostlos nach gefügigen, schafften „Elementen“. Der „gemeinnützige Bauverein“ hat seit Jahren Tropfen auf den heißen Stein gespritzt; dabei ist es aber geblieben und würde es auch bleiben, dank der ganzen Zusammenlegung des Vereins. Nun will Papa Staat sich „ermunnen“. Der Senat hat unter Zustimmung des Bürgerausschusses an die am Montag stattfindende Versammlung der Bürgerschaft den Antrag gestellt, das Finanzdepartement solle angewiesen werden, in der Verlängerung der Friedenstrasse gewisse Straßen abschnittsweise zum Gesamtpreise von 77 300 Mk. herzustellen und die an diesen neuen Straßen belegenen Grundstücke zum Zwecke der Errichtung von Arbeiterwohnungen zu einem Preise von 5 Mk. pro Quadratmeter unter bestimmten, der speculativen Ausnutzung der Parzellen vorbeugenden Bedingungen zu verkaufen. Man rechnet, wie die amtliche Begründung andeutet, vor allem darauf, daß Arbeiter sich dort antaufen sollen. Das halten wir, von Ausnahmen abgesehen, für verfehlt; denn die Zahl der über Kapitalien, und seien es auch noch so geringe, verfügenden Arbeiter schmilzt von Jahr zu Jahr mehr zusammen. Das Finanzdepartement dürfte daher hauptsächlich auf Bauunternehmer rechnen müssen. Die Konjunktur in der Baubranche am Ort ist z. B. eine überaus günstige; es ist daher recht fraglich, ob nicht das Gros der Bauherren es vorziehen wird, fettere Bissen an sich zu reißen. Das Finanzdepartement wird vielleicht auf Käufer lauern müssen. Vater Staat selbst ist natürlich zur selbstständigen Durchführung des Projektes unfähig. Nach der Dymnatschek-Entscheidung in der Holstenstrassenfrage ist das nicht verwunderlich. Wir wüßten noch einen recht einfachen und sehr zum Ziele führenden Weg, den aber im Reichen des Buchhauses ein kapitalistisches Staatswesen nicht beschreiten wird noch beschreiten darf: Vergebung dieser notwendigen Arbeiten an die Arbeiterorganisationen unter Sicherung des tarifmäßigen Lohnes. Könnte man sich dazu entschließen, so wäre eine ebenso rasche, wie gründliche Lösung der Frage gewährleistet. Da dies aber ausgeschlossen ist, so fürchten wir, daß auch auf diesem Gebiete die sogenannte „Arbeiterfürsorge“ es über Stückwerk und Flickwerk nicht hinausbringen wird. Angenommen wird die „lex Coleman“ von der Bürgerschaft jedenfalls. Warten wir ab, ob sie etwas Vernünftiges bewirkt.

**Wadeanstalt im Krähenteiche.** Dem Elbe-Travelkanal sind bekanntlich einige Wadeanstalten zum Opfer gefallen, für die nach langem Bitten der städtischen Bevölkerung der Staat Ersatz zu bieten beschloß hat durch eine zum Preise von ca. 103 000 Mark im Krähenteiche zu errichtende Anstalt. Aus dem Berichte des Wasserbauinspektors geht hervor, daß dieselbe in der Mitte des Teiches mit Zugang von Brahl's Wall gedacht ist. Die Moosbänke sollen ausgebaggert, die Seieleinkläufe entfernt und der Teich mit Sand ausgeschüttet werden. Die Anstalt wird zwei Abteilungen zu 31 Zellen enthalten, die Männerabteilung außerdem 5 größere Zellen für je 2 Personen, die Damenabteilung zwei offene Hallen für 16 bis 17 Mädchen. Die innere Ausstattung scheint nach dem vorliegenden Plane eine solide und comfortable zu werden. Da voraussichtlich die Bürgerschaft das vom Vaterstädtischen Vereine protegierte Projekt gutheißen wird, so kann die Eröffnung der Anstalt mit Beginn der nächstjährigen Wadezeit erwartet werden.

**Mal-Humbung.** Der Schweineburg des Amtsblattes freut sich kindisch, daß bei der Parteikasse an „Malgelbern“ erst 498 Mark eingegangen sind. Wer sagt denn aber dem braven Unkel, daß das schon alles ist? Und warum erwähnt er nicht die ca. 700 Mark, welche in Lübeck laut unserer Mittheilung vereinnahmt wurden? Man soll doch die Scheere nicht gar zu blindwützig walten lassen!

Der Bürgerrechtsverein hat zu den Bürgerchaftswahlen folgende Kandidaten aufgestellt: Im Marien-Dartier: Herm. Meyer, Büßchen, J. Miesner, Hauptlehrer Hempel und Dobberstein. Im Marien-Magdalenen-Quartier: Hauptlehrer Henschel, Aug. Pape, Gustav Giese, Weinhandler Schlichting, Dr. med. Adler, Kaufmann Möller sen., Töpfer Hansen, Friseur Westphal, Klempner Salmann, Tischlermeister Rosenquist, Architekt Stapelfeld, Baatich und Callies. Im Zoltobi-Dartier: Dr. Meyer, S. Thiele, Goldschmidt, Ed. Rabe, R. Köhn, Dr. A. Brehmer, Maurer Zimmer, Chr. Busch, R. Jenner. Im Johannis-Quartier: Redakteur Heise, Stender, Behrens, Jörn, Restaurateur Windel, Buchdruckereibesitzer Coleman, J. Hahn, Buchwald, Apotheker Schorer, Maurermeister Obenburg, Prof. Müller, Quikow und Bander. — Herr Pape hat betont, daß der Verein keinen Kompromiß eingehe; obige Liste zeigt, daß der kluge Mann über die Bedeutung dieses Wortes noch im Unklaren ist; denn die Namen zeigen, daß der Kompromiß einfach perfekt ist. Freilich — vergleicht man die vaterstädtische Liste, so sieht man, daß die Leute vom Verein mit dem abgekürzten Namen hierbei die Dummen gewesen sind. Was den nicht wundert, der seine Leute kennt.

Eine total mißglückte Rechtfertigung von Wahl-schwindelern unternehmen die „Lüb. Anz.“ Die Wahlprüfungscommission des Reichstages, in welcher sämtliche Parteien ihrer numerischen Größe entsprechend vertreten sind, hat die Wahl des Grubenbarons Hilbert (nat.-lib.) in Dortmund beanstandet. Sein Vor-

gänger Möller wurde bekanntlich zweimal, nachdem er jahrelang zu Utrecht sein Mandat ausgeübt und sozialistenfeindliche Brandreden in Menge gehalten, zum Reichstage hinaufkomplimentirt. Aufsehnend steht dem neuen Vertreter dasselbe Schicksal bevor, denn der von der sozialdemokratischen Wahlleitung erhobene Protest wimmelt wider von Beschwerden über Wahlbeeinflussungen durch Bekehrbeamte und Wahlvorsteher, genau wie früher. Die Wahlprüfungscommission hat nun beschlossen, die Beschwerdeführer resp. die von diesen angegebenen beschuldigten Personen jedoch nur informativ vorzunehmen zu lassen. Das wundert das nationalliberale, um den Verlust des Mandates bangende Pöbelgichter, obwohl es sich um eine ganz selbstverständliche Maßnahme handelt. Seit man wäre es Wode, Leute, die einer civil. strafbaren Handlung beschuldigt werden, eidlich zu vernehmen. Dieser von Parteiverblendung zeugenden, sachlich unhaltbaren Auffassung hängt das Organ unserer Nationalliberalen noch eine persönliche Infamie an. Es schiebt die Beanstandung der Nuchtschritte der Kommission auf den Genossen Auer in die Schuhe, welcher in diesem Falle zufällig zum Berichterstatter für das Plenum bestimmt ist, obwohl es auch im Brechtthaus selbstverständlich bekannt ist, daß die Referenten der einzelnen Kommissionen dem Plenum des Reichstages lediglich die Ansicht der Kommission, und nicht ihre persönliche vorzutragen haben. Das genügt jedoch liberalen Jesuiten nicht; wird nur der Zweck erreicht, ist das Mittel geheiligt. Interessant ist, daß jetzt das nationalliberale Organ derartiges schreiben darf, obwohl im Vorjahre im hiesigen Wahlkreise unzulässige Beeinflussungen nirgends stattgefunden haben. Liegt das daran, daß seine jetzigen Leiter sich im klassischen Lande des Wahlschwinds die Spuren verdient haben und daher das Kaufen nicht lassen können, oder will etwa in Zukunft die nationalliberale Partei Lübeck nach Dortmund Muster wirtschaften? Das wäre allerdings für uns mehr als erfreulich.

Aus eigener Machtvollkommenheit hat nach einer Zuschrift der „Freis. Btg.“ Handelskammerpräsident Herr v. Feßling dem deutschen Kaiser zum Erwerb der Carolinen beglückwünscht. Die „Eisenb. Btg.“ billigt diese Eigenmächtigkeit, was bei der antisemitischen Freisinnqualität ihres kameradschaftlichen Leiters selbstverständlich ist. Uns interessiert lediglich die Thatsache: „Wie Telegramme entstehen.“ Über den Kopf einer ganzen Körperschaft hinweg kann eine einzelne Person derart handeln, und der geschäftige Telegraphyposaunt seinen Einsall in alle Welt hinaus. Sind einige Wochen vergangen, dann figuriren individuelle Anschauungen als „innerste Ueberzeugung weiter Volkstreife.“ Dabei war's bloß ein abgedankter Reichstagsabgeordneter.

Ein Unfall eigener Art ist von der Fabrik von Ewers u. Co. zu melden. Ein Steinbruder, welcher einige Minuten vor 1/22 Uhr die Fabrik betrat, wurde von dem Fabrikhund gebissen. Das Thier zerriß ihm die Hose und verletzte sein Bein erheblich. Wie es heißt, sind schon mehrere Angestellte der Fabrik von dem bissigen Rötter angefallen und geschädigt worden, ohne daß das Geschäft sich gemüßigt sieht, Wandel zu schaffen. So geht es denn also her, daß, wer zu früh kommt, vom Hund gebissen, und wer ein paar Minuten zu spät kommt, mit 15 Pfg. Strafe belegt wird. Die Arbeiter jenes Betriebes haben wirklich alle Ursache, einmal über ihre Lage nachzudenken und zur Einsicht zu gelangen.

Gegen das Amtsblatt hat der Bürgerrechtsverein gestern Abend durch folgende Resolution Stellung genommen:

„Der Bürgerrechtsverein richtet an den hohen Senat das ergebene Ersuchen, die amtlichen Bekanntmachungen der Lübeckischen Staatsbehörden in einem besonderen Blatte zu veröffentlichen, das den Bewohnern der Stadt zum Herstellungspreise überlassen wird und das sie sich zum Nachschlagen einbinden lassen können. Heute müssen die Bewohner des Lübeckischen Staates 12 Mk. p. A. für die Kenntniß der amtlichen Bekanntmachungen entrichten und müssen sich noch dazu häßliche Angriffe gefallen lassen. Wir bitten daher den hohen Senat unserer ergebene Bitte entsprechen zu wollen.“

Die armen „Meulinge“! Lebhaftige Klagen führen Bewohner des Hützerthorviertels darüber, daß der Bürgersteig an der Selkerbude auch von Radfahrern und reitenden Offizieren benutzt und dadurch die Passage gestört wird. Vielleicht genügt dieser Hinweis, daß Abhilfe geschaffen wird.

Zum Beisitzer des Strandamtes ist auf die Dauer von 6 Jahren Herr A. S. D. Schütt wiedergewählt worden.

pb. Einen Selbstmordversuch machte am Donnerstag Abend ein an der Mauer wohnender Handlungsgehilfe, angeblich infolge langwieriger Krankheit. Er verletzte durch einen Schuß seine Brust so schwer, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

pb. Diebstähle. Einem Krämer vor dem Holstenthore wurde ein Beutel mit 80 Semmeln, einem Knecht in Siems, angeblich von einem Kollegen, ein Anzug und ein Paar Stiefel im Werthe von 53 Mk. gestohlen.

pb. In Haft geriet ein Dienstmädchen, welches seiner Herrschaft Kleider gestohlen und Geld unterschlagen haben soll.

Die Nichthaftungserklärung haben abgegeben die unverehelichte P. D. A. Hamkens aus Anlaß ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem Kaufmann A. R. Trapp, und die Ehefrau des Maschinenisten R. G. S. Scholz, F. Th. C. geb. Siemers.

## Arbeiter! Parteigenossen!

Der dänische Kapitalismus hat einen Gewalt-Areiß begangen und am 24. Mai 30 000 Arbeiter ausgesperrt, um so 100 000 Männer, Frauen und Kinder dem Hunger zu überantworten. Die dänische Arbeiter-Schaft, unsere dänischen Parteigenossen stehen in einem schweren Kampfe gegen kapitalistischen Uebermuth und kapitalistische Uebermacht. Zeigt Euer Reich bewährte Opferwilligkeit und unterstützt die dänischen Arbeiterbrüder nach besten Kräften, damit sie dem frivolen Angriff der Kapitalisten Stand halten können. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Gelder für die Ausgesperrten und ihre Familien nimmt entgegen

Die Redaktion des „Lübecker Volksboten“.

**Odesloe.** Der sozialdemokratische Verein hielt am Dienstag den 8. d. M. im Lokale des Herrn A. Ruhl seine Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst hervorgehoben wurde, daß bei dem Vorliegenden, Genossen Linke, ein Brief gefunden wurde, in welchem mehrere Genossen denunziert werden sollten. Daher wurde derselbe angefordert, Antwort über die Herkunft des Briefes zu geben. Als er den Genossen nicht die genügende Auskunft geben wollte oder konnte, wurde angenommen, daß er selbst der Schreiber dieses Briefes sei. Hierauf stellte Genosse Rink den Antrag, Linke auszuscheiden, da er nicht mehr fähig ist, ein Amt im Verein zu bekleiden resp. überhaupt noch Mitglied einer Arbeiterorganisation zu sein, welcher angenommen wurde. Als Vorsitzender wurde Genosse Berlinghoff gewählt. Demnach entspann sich eine Debatte, in welcher verschiedene Mißstände des Vereinslokales hervorgehoben wurden. Es wurde der Antrag angenommen, das jetzige Verkehrslokal aufzugeben und den Vorsitzenden zu beauftragen, sich nach einem anderweitigen Lokale umzusehen. Nachdem unter Punkt „Verschiedenes“ noch mehrere Genossen gesprochen hatten, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

**Jehoe.** Boykottfolgen. Aus Anlaß des für die Arbeiter günstig verlaufenen Lokalboykottes zu Dägerdorf war ein Massenprozeß anhängig gemacht, der damit endete, daß die Genossen Hinsche und Otto zu je 2 Wochen Haft, Genosse Meyer zu 2 Wochen Haft und 4 Wochen Gefängniß verurtheilt wurden. Alle anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Das Postenfischen wurde wieder einmal als „grober Unfug“ ausgelegt.

**Wüstrow.** Kopf ab! Das Schwurgericht verurtheilte am Donnerstag den Arbeiter Paul Riedel, welcher am 12. Februar in Bernick das Dienstmädchen Hilda Anderson ermordete, zum Tode.

**Waren.** Feuer. In Schwarzenhof brannte ein Haus nieder. Ein alter kranker Mann konnte nur mit Mühe gerettet werden. Ein Insasse der Landarmenanstalt wurde beim Wassertransport infolge Sturzes vom Pferde vom Wagen überfahren und sehr schwer verletzt.

### Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen werden nicht beantwortet.

A. B. Selbstverständlich ist das Sache des Hauswirths.

**Livoli-Theater.** Am Sonntag ist eine große Doppelvorstellung angelegt. Den Abend beginnt die erste Wiederholung der Reutenschen Dichtung „Danne Räte“, die in der trefflichen Darstellung des Herrn Beckmann als Snut am Donnerstag einen unbestrittenen großen Erfolg zu verzeichnen hatte. Die Zuschauer waren ergriffen von der tiefen sittlichen Idee und der trefflichen Gesamtdarstellung des Stückes. Hierauf: Erstaufführung der Ausstattungspose: „Führmann Henschel“. Die Direktion hat mit, daß der Akt: „Die Geißel“ defocavit und kostümell ganz nach der Berliner Einrichtung angefertigt wurde. Der Inhalt der Komödie ist reich an herrlichen Walzermotiven, geschmackvollen Couplets. Wir empfehlen einem Jeden den Besuch dieser Doppelvorstellung nicht zu veräumen. Am Montag findet zu halben Preise die letzte Aufführung des „Dank Bräutigam“. Wer Beckmanns herrliche Darstellung gesehen, wird nicht veräumen ihn nochmals in dieser Glanzrolle zu sehen.

### Quittung.

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:

Bisher quittirt . . . . .	767,70 Mk.
„ . . . . .	2,— Mk.
Buchdrucker Lübeck . . . . .	30,— Mk.
Vom Steindampfer durch B. . . . .	2,00 Mk.
Summa	801,70 Mk.

Davon bisher abgeandt in vier Raten	680,10 Mk.
Am 10. Juni 100 Kronen gleich	113,85 „
	793,95 Mk.
bleibt Bestand	8,25 Mk.

Weitere Gelder nimmt entgegen:  
Redaktion des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 50.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 9. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 650 Stück. Preise: Verkaufsschweine, schwere 48—50 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 48—50 Mk. pr. 100 Pfd.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu veranlassen und bei event. Misständen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter **Caroline Tonn** zu ihrem morgigen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche!

**Ein möbliertes Zimmer zu vermieten**  
Wildebestraße 18, 2. Et.

**Gesucht eine Wohnung zum 1. October**  
von 8 Stuben von Leuten mit einem Kind. Off. mit Preisangabe unter **W 67** an die Exped. d. Bl.

**Gesucht tüchtige Malergehilfen**  
auf dauernde Beschäftigung.  
**Mundt & Krauthammer**, Danststr. 69, 1.

**Ein Satz Ferkel zu verkaufen**  
Ludwigstraße 64.

**Ein Straßenrenner zu verkaufen**  
Lauerhofstraße 4.

**Eine neue einschläfliche Vertikale und ein Küchenschrank zu verkaufen**  
Gartenstraße 11/2.

**Ein Sofa, eine Chaiselongue, ein Stuhlwagen billig zu verkaufen** Johannisstr. 63, part., Fildorf.

**Eine neue Kinderbettstelle zu verkn.**  
Ludwigstraße 66.

**Ein noch guterh. mod. Kinderwagen zu verkaufen**  
Hinter der Burg 5-7.

**Wer leiht** einem verheirateten Arbeiter 50 Mk. bei monatlicher Abzahlung. Angebote sind zu richten unter **W G** an die Exped.

**Schwartau.**  
**Schneiderin Auguste Bohn**  
empfehlte sich in und außer dem Hause.  
Tüpfelberg.

**Hochfeine neue Trittmachine**  
mit Aufbaum-Rasten, 5 Jahre Garantie,  
sonst **Mk. 75**, jetzt **Mk. 50**.  
**H. A. Hill**, Mech. Reparatur-Werkstatt,  
Johannisstraße 9.

**Messer u. Scheren**  
schleift und repariert  
**H. Hentschel**  
32 Hüxstraße 32.

**Speise-Halle Hansa**  
Mengstraße 24, 1.  
Großer Mittagstisch von 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—2 Uhr.  
à Person 40 und 50 Pfg.  
Abendessen von 6—9 Uhr.  
à Person 30 und 40 Pfg.

**Glückslose**  
zur 1. Classe  
316. Hamburger  
**Staats-Lotterie**  
Ziehung: 21. Juni 1899  
empfehlte  
1/8 1/4 1/2 1/1  
75 Pfg. 1.50 Mk. 3 Mk. 6 Mk.  
die staatlich concessionirte Lotterie-Collekte  
von  
**Paul Würzburg**  
Lübeck, Markt 14.  
Fernsprecher 274.

**Meierei-Butter**  
feinstes Produkt  
empfehlte  
**Butterhandlung „Zur Krone“**  
Markt 9. Breitestr. 70.

**Empfehlungs-Karten**  
liefert prompt und sauber  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Öffentliche

# Protestversammlung

am **Mittwoch den 14. Juni 1899**

Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
im Lokale des Herrn **Dürkop**, Central-Hallen.  
Tages-Ordnung:

## Die Zuchthaus-Vorlage.

Referent: **Reichstags-Abgeordneter C. F. Zubeil-Berlin.**  
Um recht zahlreiches Erscheinen eruchen  
die Vertrauenspersonen.

**Filz- und Seiden-Hüte**  
sowie Strohhüte und Mützen in großer Auswahl  
empfehlte  
**E. Hirsekorn**, Sandstr. 23.

**Vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 60, 70 u. 80 Pfg.**  
**Holländer Käse, Pfd. 80 und 100 Pfg.**  
**Zilfiter Fettkäse Pfd. 60, 70 und 80 Pfg.**  
**Guter Limburger, Stück 35, 50 und 70 Pfg.**  
empfehlte  
**Butterhandlung „Zur Krone“**  
Markt 9 Breitestraße 70.

### Auction

Montag den 12. Juni, Nachm. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
in der  
**47 Sürterthor-Allee 47**  
(Hinterhaus)

soll der ganze Hausstand wegen Fortzug öffentlich  
meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden,  
sowie 1 Sopha mit 4 Stühle, 2 Aufbaum-Bett-  
löwen, 1 Nachtschrank, 2 Waschtische, 2 Kleider-  
schränke, 1 Spiegelschrank, 1 Cassenschrank, 1 Com-  
mode, 1 Küchenschrank mit Aufsatz, 1 Sopha-  
tisch, mehrere andere Tische, ein u. zweischläfliche  
Bettstellen mit Bettzeug und ohne Sprungfeder-  
mattagen, 1 Rauchfisch, Küchengeräthe, 1 Papa-  
geleibauer und 1 Heubauer, ein fast neues  
Damen-Rad u. v. u. G. in

**J. O. B. Schmebl**,  
Auctionator und Taxator.

**Enorme Auswahl in**  
**Spazierstöcken.**  
Herren- u. Knabenstöcke v. 20 Pfg. an.  
**H. Stoppelman**  
Schirmfabrik  
30 Hüxstraße 30.

### Dank.

Ich fühle mich verpflichtet, meinen Dank für  
die Heilung der **Kopfkraft**, die mich entsetzlich  
plagte und die von allen Ärzten als unheilbar  
bezeichnet wurde, öffentlich auszusprechen. 37 Jahre  
alt, litt ich seit 20 Jahren alle 4 Wochen und bei  
jeder Erregung an dem Uebel. Rechts flog der  
fürchterliche Kopfschmerz in der Schläfe an, ging  
dann über den ganzen Kopf, Stirn, Nasenbein,  
Kopfschmerzen und Augen mit Beissen, Reissen und  
Zucken, dann begann es im Magen zu klopfen und  
zu wälzen, Angstgefühl, Herzschmerzen, Bittern  
am ganzen Leibe und hochgradige Ermattung trat  
ein und ich wurde so empfindlich, daß ich nicht  
das Ticken der Uhr vertragen konnte. In letzter  
Zeit erwachte ich alle Tage mit heftigen Kopf-  
schmerzen und ich konnte kaum noch mein Haus-  
wesen versehen. Herr **G. Fuchs**, Berlin,  
**Leipzigerstrasse 134 I.** an den ich mich  
schriftlich wandte, heilte das Uebel, so daß ich  
mich wie neugeboren fühle.

**Frau Sattlermeister Herz**,  
Augsburg, Straße 10, Nr. 8.

### Ehrenerklärung.

Die großen Beleidigungen, welche Unterzeichneter  
am 1. Pfingsttage in der **Neveke'schen** Wirth-  
schaft zu **Stodelsdorf** im trunkenen Zustand ge-  
macht hat gegen den Vorstand des **Social-  
demokratischen Vereins für Stodelsdorf**  
und Umgegend, sowie gegen die Herren  
**F. Evers** und **L. Messfeldt** in **Stodels-  
dorf**, nehme ich hiermit zurück und erkläre Ge-  
nannte als Ehrenmänner.

**W. Both**, Lankensrade.

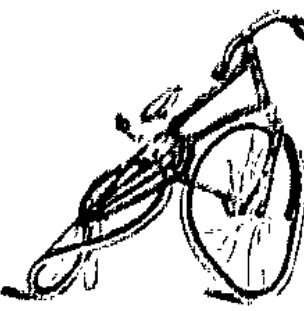
### Reizende Auswahl.

**Ringe**  
in Gold, Doublee und Silber.  
**Großes Lager**  
**Ketten**  
in Gold, Silber und Nickel.  
**Goldene Trauringe**  
in jeder Größe vorräthig  
empfehlte  
**Aug. Büttner**  
32 Hüxstraße 32.

**Silberne Damenuhren**  
von 12 Mk. an.  
**Silberne Herrenuhren**  
von 12 Mk. an.  
**Regulateure, Stand- u.**  
**Weckeruhren**  
in größter Auswahl empfehlte  
**Aug. Büttner**  
Uhrmacher  
Hüxstraße 32.

**Streichfert. Delfarben**  
genau nach Muster.  
**Pa. Fußboden-Glanzöl.**  
Alle ins Walfach schlagende Artikel.  
**Pinsel- und Bürsten-Waaren**  
**Carbolinum**  
empfehlte billigt die Drogehandlung von  
**John Becker**  
Dornestraße 29.

**C. Krapp**  
ob. Bahmstr. 6:  
Fernsprecher 610. Fernsprecher 610.  
**Caffee-Specialhandlung.**  
Meine auf das Sorgfältigste ausprobirten  
Caffees, kräftig und rein schmeckend, schon  
von 70 Pfg. per Pfund an, sowie die  
feinsten Sorten bis zu 1,60 Mk. per  
Pfund. Sämmtliche nur denkbarsten Caffee-  
surrogate. Caffee mahlen mit elektrischem  
Betrieb.



**O. Störzner**  
Johannisstraße 33.  
Größte leistungsfähigste Fahrrad-Reparatur-  
Werkstatt aller Marken.  
14 jährige praktische Thätigkeit in der Fahrrad-  
branche, sowie feinste maschinelle Einrichtung ge-  
währleisten das Beste was in Fahrrad-Reparatur  
geboten werden kann.  
Jede, auch die schwierigste Reparatur wird  
innerhalb 6 Stunden fertig gestellt.  
Gleichzeitig mache auf mein großes Lager in  
neuen und gebrauchten Damen- und Herrenrädern  
aufmerksam, ich führe nur allererstklassige Fabrikate,  
keinen amerikanischen Schund.  
Billige Preise, constante Zahlungsbedingungen.

**Paul Rehder's**  
**Möbel-, Spiegel- und**  
**Polsterwaarenlager.**  
**Selbstverfertigte Möbel,**  
reell und dauerhaft gearbeitet.  
zu billigen Preisen.  
Händelstraße 13.

**Gasthaus zum Cravestrand**  
(Möckling)  
Heute Sonntag: **Tanzmusik.**  
Freier Eintritt. Freier Tanz.

**Socialdemokratischer Verein**  
für **Stodelsdorf** u. Umgegend.  
Die Vereins-Versammlung  
findet nicht am Sonntag den  
11. sondern den 18. Juni  
statt. Der Vorstand.

**Brauerei Tadenburg.**  
Sonntag den 11. Juni 1899:  
**Großes Concert.**  
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
Eintritt 10 Pfg., wofür Programm.

Von unterhalb Engelsgrube nach  
Travenhüde Sonntag Nachmittag  
2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Dampfer **Em. Geibel**,  
Schlupf anlegend, Fahrpreis hin  
und zurück 70 Pfg., einfach 50 Pfg.,  
Rückfahrt 7<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

**Lustfahrt**  
per Dampfer „Pollux“ am Sonntag den  
11. Juni Abend-Travenunde, in See und zurück.  
Ab Travenunde 2,00 Nachm. in See 4,30.  
Rückfahrt von Travenunde 7,30. Fahrpreis  
einfach 50 Pfg., Rückfahrt 70 Pfg., in See  
40 Pfg. Kinder die Hälfte, Straßfähre und  
Schlupf anlaufend.

**Tivoli-Theater.**  
Sonntag den 11. Juni 1899.  
**Große Doppel-Vorstellung für einen Preis.**  
Um 5 Uhr: **Großes Garten-Concert.**  
Novität! Zum 1. Male! Novität!  
**Fuhrmann Henschel.**  
Große Ausstattungs-Posse mit Gesang in 4 Akten.  
1. Bild: **Mene Tekel.** 2. Bild: **Hof-  
gans.** 3. Bild: **Die Geisha.** 4. Bild: **Im  
weißen Röhl.** Vorher:  
**Hanne Nüte.**  
Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
Montag: Extra-Vorstellung zu halben Preisen.  
**Onkel Bräsig.**



## Die politische Lage in Frankreich.

Zwei Ereignisse, seit langem erwartet, wirkten doch, als sie bekannt wurden, wie Analektische im Theater: die Einbringung des Knebelgesetzes im Reichstage und der Spruch des Kassationshofes im Falle Dreyfus.

Der Fall Dreyfus hat mehr Leute interessiert und in Atem gehalten als irgend eine Gerichtsprozedur je vorher. Wohl hatte gerade Frankreich im vorigen Jahrhundert zwei Verurteilungen Unschuldiger, die durch unerwünschte Bearbeitung der öffentlichen Meinung rehabilitiert wurden, wohl interessierte sich auch damals ein großer Personenkreis um den Gang der Aktion, und ein Mann, der auf die geistigen Strömungen der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen weit größeren Einfluß hatte, als ihn ein Jola heute besitzt, war bei einem dieser Rettungsversuche die treibende Kraft, der Philosoph der Aufklärung, Voltaire. Was aber wir vor dem vorigen Jahrhundert, ja vor allen Zeiten voraus haben, das ist die fabelhafte Entwicklung des Rechtswesens. Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Telephone gab es im vorigen Jahrhundert nicht, und von der Möglichkeit der Entwicklung der Presse und einer Antheilnahme der Bevölkerung an den Zeitereignissen, wie wir sie gewohnt sind, konnte im vorigen Jahrhundert keine Rede sein. Aber es haben auch besondere Momente mitgewirkt, um die allgemeine Aufmerksamkeit durch so lange Zeit an die Affaire Dreyfus zu heften.

Niemand bildet sich ein, daß der Hauptmann Dreyfus der einzige Märtyrer der modernen Justiz sei; Jedermann weiß, daß Justizworte auch außerhalb Frankreichs vorkommen, daß in den Zuchthäusern und Gefängnissen aller Länder unschuldig Verurtheilte hoffnungslos dahinsiechen. Wir gönnen dem Dreyfus die Genußnahme, die ihm geworden, wir jubeln aber nicht mit, wissen wir doch, daß dem einen Falle des Sieges der Gerechtigkeit hunderte und tausende gegenüberstehen, wo das Unrecht gesiegt hat und seine Opfer nicht ausliefert!

Hauptmann Dreyfus wäre auf der Teufelsinsel verurtheilt und gestorben, die Seinen hätten in Schande und Schmach ihr Leben gefristet, wenn Dreyfus und seine Frau nicht sehr reichen Familien entstammten wären, wenn nicht die gesellschaftlichen Beziehungen der beiden Familien bis in die maßgebenden und regierenden Kreise gereicht hätten! Wäre Hauptmann Dreyfus der Sohn eines armen Bauern oder Handwerkers gewesen, seine Frau und seine Freunde hätten sich die Augen ausweinen können und Niemand hätte für sie einen Finger gerührt. So aber sind Millionen aufgewandt worden, um die französische Presse für den Fall Dreyfus zu interessieren, eine ganze Reihe von Journalisten sind mit schwerem Gelde vollständig für den Dienst des Komitees zur Befreiung Dreyfus' verpflichtet worden.

Der Kampf der Dreyfusards (sprich: Dreyfusiers) führte zur Aktion, das Unrecht gegen Dreyfus zu vertheidigen. Die Interessen des Militarismus, verbunden mit denen der Reste des Boulangerismus, von dem die monarchischen und klerikalen Elemente, alle die, welche nicht von einer Volksbewegung, sondern bloß von einem monarchischen Staatsstreiche die Erfüllung ihrer Hoffnungen gewärtigen, scharten sich um die angegriffenen Richter und um deren Hintermänner, den Generalstab. Fast alle Regierungen, die Frankreich seit der Degradation des Dreyfus hatte, standen für den Urtheilsspruch ein. Immer mehr erfaßte der Streit um die „Affaire“ alle Bürger Frankreichs; das ganze parlamentarische Leben, die Stellungnahme der Parteien, die Wahlen, die Existenz der Ministerien, all' das drehte sich einzig und allein um die Frage, ist Dreyfus schuldig oder nicht.

Die sozialistischen Parteien Frankreichs, am längsten die von Guesde geleitete Partei der Marxisten, hielten sich von dem Streite fern, so lange man ihn als einen Hausstreit der Bourgeoisie betrachten konnte. Aber es kam der Zeitpunkt, wo die Frage, ob Dreyfus einer der vielen unschuldig

Verurtheilt sei, in den Hintergrund trat gegenüber Fragen, die das Schicksal des Vaterlandes, der Republik, der Freiheit berührten. Der Kampf um Dreyfus wuchs zu einem Kampfe gegen den Militarismus und Alexikalismus, gegen den Boulangerismus und Monarchismus aus. Alle dunkeln Mächte des Reichthums hatten sich zusammengethan, um die Ehre des Generalstabes zu bedecken, die Volkseinde fühlten sich fast stark genug, die öffentliche Moral zu vergrübeln, Meineid, sonstige fälschliche Aussagen vor Gericht, Urkundenfälschung, Verleumdung von Zeugen zum Meineid als Herdenthaten zu glorifizieren, wenn damit die Ehre des Generalstabes gedeckt werden sollte. Ein Versuch von Erlans, der Vetter des Thronpräsidenten, um arme den Landesverräter, Fälscher, Ehebrecher, Meineidverleider und Meineide schwörenden Eberhahn vor dem Gerichtshof; die Rächtschritter wagten offen den Versuch, das Meer zum Kampfe gegen die Republik, zur Proklamirung der Militärdiktatur zu verleiten.

So wenig den Sozialdemokraten der Fall Dreyfus Anlaß zu einer Aktion sein konnte, so sicher war es, daß auf die Dauer auch die proletarischen Parteien Frankreichs einer das Volk in seinen tiefsten Tiefen aufreißenden Bewegung gegenüber nicht gleichgültig bleiben, nicht abseits stehen konnten. Der erste, der die Situation klar erfaßte, war Jaures, er begriff, daß die prinzipielle Seite der „Affaire“ dem Volke klar gelegt werden, daß die Distinktion über das Interesse des Einzelalles herausgehoben werden müsse, daß das Objekt des Kampfes nicht der Fehlverdict eines Gerichtshofes, sondern die Morawition der Führer, Repräsentanten und Verbündeten des Militarismus und die volkseindlichen Pläne der Demagogen und Prätendenten, der Boulangeristen und Monarchisten, der Alexikalisten und Antiklerikalen, sein müsse. Mit all' den großen Eigenschaften, die unseren Genossen Jaures in so hohem Maße auszeichnen, war er sich da in den Kampf. Hat Jola das Verdienst, den Stein ins Rollen gebracht zu haben, so hat Jaures die Bedeutung des Kampfes gezeigt und wohl mehr als irgend ein anderer den völligen Umschwung der öffentlichen Meinung in Frankreich herbeigeführt. Er hat aber mit seinem Auftreten nicht nur der Sache der Reaktion und des Militarismus die schwersten Wunden geschlagen, er hat auch dem Sozialismus viele und werthvolle neue Anhänger zugeführt. Es gab während der Entwicklung des Falles Dreyfus einen Zeitpunkt, wo man befürchten mußte, daß der Kampf um den auf die Teufelsinsel Verbannten alles Interesse der Bevölkerung absorbieren werde, daß er alle anderen Fragen, auch die Lebensfragen des französischen Proletariats in den Hintergrund drängen werde. Es ist das Verdienst von Jaures und unserm Pariser Parteiorgan, der „Revue Socialiste“, gewesen, daß das Gegenteil eingetreten ist; die Sozialdemokratie in Frankreich steht heute einiger und fester da denn je, gerade die Pläne der Reaktionen haben die Fraktionen unserer Partei einander näher gebracht, haben endlich eine gemeinsame Aktion, eine gemeinsame Vertretung der Partei ermöglicht, joddy der internationale Kongress im nächsten Jahre die französischen Genossen geeint sehen wird. So wertwüthig es gewesen wäre, wenn man in den ersten Stadien der Revisionbewegung behauptet hätte, die Affaire Dreyfus wird in erster Linie den Sozialisten nützen, so ist doch das Unwahrscheinliche Ereignis geworden. Bei guter Taktik schlägt eben alles zum Nutzen der Partei aus, der die Zukunft gehört.

Neben den Sozialisten haben die bürgerlichen radikalen Parteien den größten Gewinn an Ansehen und Popularität durch den bisherigen Verlauf der „Affaire“ gehabt.

Wer hat aber den Schaden? Vor allem der Militarismus und der mit ihm eng verbundene Chauvinismus, Boulangerismus, die Fanatiker für die Revanche und die Monarchisten. Alle diese Richtungen, die kein Mittel zu schlecht fanden, keine Immoralität von sich abweisen, keine Fälschung vermeiden, die mit Lüge und Meineid operirten,

um die schlechte Sache des Generalstabes zu vertheidigen, alle die sind durch den Ausgang des Kassationsverfahrens gerichtet, sie haben die öffentliche Achtung verlassen, die Meinung des Volkes hat sich gegen sie gewandt! Aber auch die gemäßigten Republikaner, die ähnlich unseren Nationalliberalen die Massenvertreter der Bourgeoisie sind, die auch dort mit den Agrariern und industriellen Hochschulgöllnern Hand in Hand gehen, haben schwere Wunden davongetragen. Ihr Führer, Melinc, der ideale Staatsmann unseres Bundes der Landwirthe, hat als Ministerpräsident von der Tribüne der Deputirtenkammer pathetisch ausgerufen: „Es giebt keine Affaire Dreyfus!“ Die politische Niederlage dieses Kornwunders, dieses Arbeiterfeindes, dieses Gegners jeder sozialpolitischen Maßregel, ist für jeden Freund des französischen Volkes ein freudiges Ereignis! Aber auch der gegenwärtige Ministerpräsident, Herr Dupuy (sprich Dupuis), der erst, nachgegeben hatte, als die Sache des Generalstabes unwiderruflich verloren war, wird sich als einen Halbgeschlagenen betrachten müssen.

Der erste Akt des Dramas endete mit der Verurtheilung des Dreyfus, der zweite mit der Verurtheilung Jolas, der dritte Akt schloß mit dem Spruche des Kassationshofes. Der dritte Akt ist aber noch nicht der letzte. Zu entscheiden ist noch der Fall Picquart, die Wiederaufnahme der Prozesse Jola und Dreyfus, ferner die Verurteilung des Fälschers du Paty de Clam und der sämtlichen anderen Mitschuldigen.

All dies tritt aber an Wichtigkeit hinter der Frage zurück, ob die im Militarismus verkörperten reaktionären Mächte sich nicht noch zu einer großen Verzweiflungsthat, zu einem Schlage gegen die Republik, zu einem Versuche, die Militärdiktatur zu etablieren, antraffen werden. Die nächsten Wochen werden vielleicht über die Festigkeit der republikanischen Einrichtungen, über den künftigen Gang der Entwicklung Frankreichs entscheiden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Neue Geschäfte. Seit einiger Zeit wurde es, so schreibt man der „Leipz. Volkstg.“, an der Berliner Börse auffällig bemerkt, daß sich für die Aktien der Fahrzeugfabrik Eisenach, die mit der rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf verbunden ist, eine besonders lebhafte Stimmung bemerkbar machte. Das Wert war ursprünglich ausschließlich mit der Herstellung von Fahrrädern beschäftigt. Seit Kurzem jedoch, nachdem in der Fahrradbranche die bekannte Ueberproduktion eingetreten war, und die Werk von Fahrrädern allein nicht mehr reüssiren konnten, ging eine Reihe solcher Fabriken, darunter auch die Eisenacher Fahrradfabrik, zum Bau von Automobilen über. Daß in diesem Artikel die Eisenacher Fabrik große Erfolge mit ihren Patenten aufzuweisen hatte, wurde bald bekannt. Doch genügte diese Erklärung nicht für die starken spekultativen Käufe von Eisenacher Fahrradaktien während der letzten Zeit. Man munkelte, ohne Gewisses in Erfahrung bringen zu können, daß in der Fahrradfabrik hohe Militärs aus- und eingingen, glaubte aber, daß diese Besuche vielleicht damit zusammenhängen würden, daß die Automobilfahrzeuge für militärische Zwecke verwandt werden sollten. In der That ist dies auch der Fall. Doch viel wichtiger und überraschender, die Kurssteigerung erst ganz erklärend, ist die eben bekannt gewordene Thatsache, daß sich die Fahrzeugfabrik Eisenach seit einiger Zeit auch mit der Herstellung von neuen Schnellfeuergeschützen hervorragender Qualität beschäftigt. Es sind in den letzten Tagen in der Nähe Eisenachs am sogenannten Baumberg Schießversuche mit diesem neuen Geschütz

## Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(40. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Der Pope erhielt die Freudenkunde erst um die Mittagsstunde, da er zum Essen heimkam. Er ließ es unberührt, und eilte zur Freundin, sich mit eigenen Augen von der glücklichen Wandlung zu überzeugen. Auch er fand sie ruhig; ihre Worte waren so verständlich, wie je vorher, nur die Berrichtung, bei der er sie traf, schien ihm thöricht. Sie war eben daran, den großen Speicher neben dem Hause reinigen und mit Strohsäcken belegen zu lassen. „Was soll dies?“ fragte er.

„Für die Herren Soldaten,“ erwiderte sie mit bitterem Lächeln.

„Für welche Soldaten?“

„Über, Hochwürdiger,“ erwiderte sie, „muß man Dir wirklich erst erzählen, was vorgegangen ist? Weißt Du nicht, daß der einstige Herr dieses Hofes mit dem Kaiser im Kriege legt und daß Weib und Kinder dieses Mannes noch heute hier sitzen?! Nun, da ist es ja das Wichtigste, daß man sich dieses Hofes versichere. Denn dadurch wird ja dem Feinde die Möglichkeit abgeschnitten, Weib und Kinder heimlich zu besuchen, ferner kann man dann vielleicht durch eine Unbedachtbarkeit seines Weibes etwas von seinem Aufenthalte und seinen Plänen erfahren, und endlich hat man, wenn es nöthig werden sollte, Geiseln in der Hand.“

„Nein, nein!“ rief Leo. „Alles Uebrige mag wahr sein, aber dies Letzte gewiß nicht. Gegen Weiber und Kinder führt der Kaiser keinen Krieg.“

„Nun, wir werden ja sehen,“ erwiderte sie, „Gewiß ist, daß wir die Herren bald hier haben werden, dafür hat schon der Schurke im Schlosse sicherlich in seiner Angst gesorgt. Taras war ja so ehrlich, anzukündigen, daß er mit

ihm den Anfang machen wird. Mich dauern nur die anderen Leute des Dorfes. Die Einquartierung wird sie hart treffen und wahrscheinlich werden sie deshalb mir und meinen Kindern zürnen. Auch dies sehe ich voraus; ändern kann ich es freilich nicht!“

„Aber vielleicht ich,“ rief der Pope, und sein Antlitz farbte sich lebhaft, „Nun weiß ich, was ich morgen in der Predigt zu sagen habe!“

„Wenn es nur nützt. Aber gleichviel, Du meinst es gut und ich bin Dir dankbar. Nur eines, Hochwürdiger, eines mußt du mir versprechen.“ Sie hielt ihm die Hand hin und richtete sich empor. „Du wirst nicht das Mitleid anrufen für mich und meine Kinder. Das haben wir, so lange mir Gott das Leben und meine gesunden Glieder läßt, nicht nöthig.“

Er versprach es und hielt auch am nächsten Tage seine Zusage ein, so weit ihm dies das eigene, von Mitleid überquellende Gemüth gestattete. Seines Weibes Herz jubelte dankbar auf, während er predigte, denn so innig und begeistert hatte sie ihn kaum jemals reden hören. Zu diesem Jubel achtete sie nicht darauf, daß er heute doch ganz anders sprach, als sonst, er erwähnte weder der Allgüte, noch der Allgerechtigkeit Gottes, sondern begnügte sich, die Mahnung: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!“ klar und herzlich auszubringen. Als er in seiner schlichten und eben darum wirklichen Art ausführte, daß eine selbstlose That der Nächstenliebe immer rührend bleibe, auch wenn sie noch so verfehlt sei, daß sie mindestens von Jenen, für die sie vollbracht worden, keinen Groll verdiene, auch wenn ihnen aus dieser That Schlimmes zukäme, da wußten Alle, was und wen er meinte, und fühlten sich bewegt. Und diese Bewegung wurde stärker, als er von dem gemeinsamen Leid sprach, welches alle Menschen verknüpfe, wie Niemand ein Glücklicher hier auf Erden sei und wie es nur eine Erlösung von diesem Leide gebe: die hilfreiche Güte Aller gegen Alle, und insbesondere

der Stärkeren gegen die Schwächeren und Schwächsten, die Wittwen und Waisen. Dann erzählte er von dem herben Lose eines Weibes, Namens Jozephka, deren Mann in der verwichenen Woche begraben worden. „Wähnen wir nicht“, rief er, „daß wir mehr als unsere Pflicht thun, wenn wir dieser Frau gedenken und ihr, die ohne Heim und Brot ist, Almosen zuwenden. Aber so arm die Jozephka ist, nicht sie ist die unglücklichste Wittve dieses Dorfes! Denn sie weiß ihren Mann eingegangen in jenen Hafen, der uns Allen winkt, weiß ihn befreit von jeder Qual, die uns erfüllt. Wir kennen eine andere Wittve, der selbst dieser Trost fehlt, und gegen sie haben wir die heiligere Pflicht zu erfüllen! Der Jozephka unser Almosen, jener Andern aber unsere wärmste Liebe, unsere tröstende Ergebenheit, ihr, der jüngsten, unglücklichsten Wittve dieses Dorfes, und ihren Kindern, unseren jüngsten Waisen!“

Die Weiber schluchzten laut, als er geendet, auch die rohen Herzen der Männer waren tief bewegt. Nur Anusia, auf die sich Aller Blicke wendeten, schüttelte leise, wie unwillig das Haupt, und verließ dann mit demselben Ausdruck starrer Ruhe in den Zügen, den sie während der ganzen Predigt festgehalten, das Gotteshaus. Niemand wagte es, sie anzusprechen, nur die Popadja gesellte sich schweigend zu ihr und geleitete sie nach Hause.

Als die Bauern nach der Predigt vor der Kirche zusammenstanden, war natürlich auch hier, wie um dieselbe Stunde auf fünfzig Meilen im Umkreise, nur von Taras die Rede. Einige mußten zu berichten, daß bereits mehr als hundert Männer und Jünglinge zu ihm gestossen! Andere, daß die Bauern seines Heimathsdorfes Bidowa Botenschaft an ihn gesendet, sie wollten sich, wenn er käme, allesamt unter seine Fahne stellen und den offenen Aufbruch beginnen; wieder Andere, daß des Kaisers Oberschreiber in Kolomea vor Entsetzen in Ohnmacht gefallen, als er von der Kriegserklärung des Taras vernommen. . . Alle diese Nachrichten wurden so gläubig hingenommen, als hätte sie der Pope



vorgenommen worden, die ausgezeichnete Resultate ergeben haben sollen. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Versuche ohne Benutzung hydraulischer Laufhemmungen mit starren Lauffetten stattgefunden haben und bisher unerreichte Ergebnisse infolge einer eigenartig automatisch funktionierenden Hemmvorrichtung gehabt haben. Nach Beendigung der Schießversuche wurde das Geschütz mit Beibehaltung eines in der Fahrzeugfabrik Eisenach konstruierten Motorfahrzeuges durch den Thüringer Wald nach einem entfernt liegenden Schießplatz transportiert. Hiermit ist zum ersten Mal in Deutschland der Versuch gemacht worden, zum Transport von Geschützen oder Artilleriematerial motorischen Betrieb zu verwenden. Es wird versichert, daß die Nachbarmachung dieses technischen Fortschrittes für die Zwecke der umfangreichen Kriegstransporte ernsthaft in Aussicht genommen sei. — Danach wird die Schraube ohne Ende bald wieder angebracht werden. Struenerzähler! Thut Geld in Euren Beutel!

**Konkursstatistik.** Nach der vorläufigen Mittelbilanz des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im ersten Vierteljahr 1899 im Deutschen Reich 2182 neue Konkurse zur Abhandlung gegen 2006 im ersten Vierteljahr 1898. Es wurden 215 Anträge auf Konkursöffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens bedeckenden Massebetrages abgewiesen und 1967 Konkursverfahren eröffnet; von den letzteren hatte 1252 Fällen der Gemeinschuldner ausschließlich die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden 1500 (1. Vierteljahr 1898: 1430) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußvertheilung 982, durch Zwangsvergleich 364 infolge allgemeiner Einwilligung 50 und wegen Massemanqels 104.

**Nachmal Arbeiterkassen und Schweinepaläste.** Das bekannte Wort des Kaisers, das er in Cadixen gesprochen hat natürlich die Agrarier in Wuth versetzt, aber es findet doch auch bei konservativen Leuten, die der Wahrheit die Ehre zu geben gewillt sind, ein Echo. So wird dem „Reichsboten“ von einem Ostdeutschen, wahrscheinlich einem Geistlichen, geschrieben:

„Wer Gelegenheit hat, die Arbeiterfamilien jahraus jahrein auf dem Lande, besonders auf Gütern zu besuchen, empfindet es schmerzhaft und bitter, wenn er sehen muß, in welchen Wohnungen hinstrecken die Leute wohnen müssen. Da ist ein enger, mit einem kleinen oder größeren Fenster versehenen Mann, zu dem, wenn es hochkommt, noch eine kleine unheizbare Kammer tritt, in der eine Familie von 4 und 5, ja 8 und 10 Köpfen ihren Aufenthalt hat; das Fenster ist schlecht, der Ofen hält kaum noch zusammen, der Fußboden besteht aus festgestampftem Schmelzschutt oder aus Ziegelsteinen. Hier und da sind größere und kleinere Läden im Fußboden und in den Wänden, die Wände stehen schief, die Decke ist notdürftig verschlagen, als Zugabe sind Matten und Matze da — darin haust die Arbeiterfamilie mit ihren Kindern, womöglich mit einem Hahnen, den sie halten muß, darin stehen Wirtschaftsgeschäfte, werden die Lebensmittel aufbewahrt, Kartoffeln, Kraut u. s. w., im Winter noch die Fühner, hier wohnen Menschen in geschunden Tagen, hier müssen sie liegen, wenn sie krank sind. Das dergleichen Wohnungen keine Gebilde der Phantasie, wird jeder zugeben, der, sei es in amtlichen, sei es in anderen Interesse, Gelegenheit hat, die Arbeiterfamilien auf verschiedenen Gütern aufzusuchen. Mag es auch in der Öffentlichkeit oft abgelehnt werden, sie sind da und sind noch ein Uebel hier im Osten, wo thätlich die Viehskalle manchmal bester sind als die Arbeiterwohnungen oder Ställe und Wohnungen gleich schlecht.“

Der Verfasser giebt zu, daß manche Besitzer bessere Arbeiterwohnungen bauen möchten, daß ihnen aber die Mittel dazu fehlen; es giebt aber auch Viele, die es wohl könnten, aber nicht wollen, weil sie der Meinung sind, die Leute empfinden das nicht so schlimm, sie seien daran gewöhnt und für solche Zwecke brauche man sein Geld nicht auszugeben. Das Landbündlerblatt ist natürlich über diese Mittheilungen in heller Born gerathen und rempelt den „Reichsboten“ gröblich an, weil er dieser Zuschrift Raum gegeben hat. Wenn man solche Vorwürfe erhebe, müsse man Namen nennen, meint das

Joeben von der Kanzel verkündet. Auch darin stimmten Alle überein, daß nun Taras bald im Dorfe erscheinen werde, den Schurken zu „richten.“

Nur über den Zeitpunkt hörte man verschiedene Ansichten. „Es kann ja nur heute Nacht sein“, meinte Wassilj, der Fleischer. „Gente entrollt er ja seine Fahne und hat ausdrücklich versprochen, daß dies sein erstes Werk sein wird.“

„Anderer widersprachen aus verschiedenen Gründen. „Taras ist ein gottesfürchtiger Mann!“ rief der Küster, „er wird in den heiligen Ostern nicht arbeiten wollen!“ „Und glaubt Ihr, daß er etwas Nutzloses thut?“ fügte der „rothe Schymko“ hinzu. „Der Mandatar ist ja gar nicht hier — ich habe es aus bester Quelle, er hält sich bei den Offizieren in Jablotow verborgen.“

„Da hat man Dir eine Lüge gesagt!“ rief Georgi Pomenko. „Der Schurke steckt in jenem eisernen Zimmer, welches er sich drohen im Schlosse hat einrichten lassen. Und darum zweifle ich nicht, daß Taras schon heute Nacht kommt.“

„Ja!“ krächte Marso, der Schmied, der Hüne mit der Knabenstimme, „das ist auch meine Meinung. Warum sollte er zögern? Etwas weil er noch zu schwach ist? Nun, selbst wenn die Hundert noch nicht voll wären, so kann er ja bei dieser Arbeit auf die Mithilfe jedes ehrlichen und muthigen Mannes in Zulawce zählen.“

„Hoho!“ rief Wassilj, der Fleischer, „ein ehrlicher Mann bin ich gewiß, und Muth habe ich auch, aber muthig würde ich doch nicht! Und ob sich Andere dazu entschließen, ist auch noch eine Frage!“

„Wirklich?“ mischte sich der Korporal laut und höhlich ein, „das sollte noch eine Frage sein? Ihr könntet Euren Helben bei der Arbeit im Stiche lassen?“

„Schweige!“ herrschten ihn die Söhne des Simeon an. „Nun ist die Zeit vorbei, wo man den Taras straflos schmähen darf. Wer dies thut, ist ein Hundsfott — und ein Hundsfott, wer ihm nicht gegen den Mandatar hilft!“

Wandlerorgan. Ja, die Liste würde doch vielleicht zu lang werden.

Die Ausbeutung der Kinderarbeit durch Munkelkrähenfeudale hat wieder in musterhafter Weise sich produziert. Die „Eislebener Bzg.“, das Organ der freikonservativen Grubenaristokratie, erzählt folgende Geschichte vom vorigen Sonntag:

„Die Zeit zum Verzehren der Mäben ist jetzt wieder da. Die Schüler der Kreisschule hatten zu dieser Arbeit bereits vorige Woche Nachmittags frei. An jedem Tage, namentlich aber Mittwoch und Sonnabend Nachmittag wurden die Kinder in großer Anzahl nach Ortschaften, die zwei bis drei Stunden entfernt sind, mit Wagen zur Abwechslung gefahrt und nach dem Felerabend wieder nach hier befördert. Diese Kinder sind an solchen Nachmittagen von 1/2 12 Uhr Mittags bis Abends 9 Uhr unterwegs und erhalten meist 50 Pf. Am Sonnabend Mittag werden auch viele Kinder nach Eisleben zu einem Gutbesitzer W. zum Mäbenverzehren geschickt. Am Abend erhielten viele Also nicht alle? D. M. d. V.) Kinder 80 Pf., auch wurden sie aufgefordert, den Sonntag wiederzukommen und sollten das Doppelte, ja einige Kinder sogar 2 M., Mittagessen und Nachmittag Kaffee und Kuchen erhalten. Selbstverständlich hatten diese Lebensmittel gegeben und Sonntag früh 1/4 Uhr wurden 300 Kinder nach Eisleben befördert. Als nun der Abend kam, erhielten die Kinder, die eine Meile Mäben bei der Arbeit verzogen hatten, 80 Pf., und die, welche zwei Meilen, 1 M. Sehr enttäuscht stehen sich die Kinder nach Eisleben zurück befördernd, wo sie 1/2 Uhr ankamen. Vor 10 Uhr ist doch kein Kind in sein Bett gekommen. Wenn man vorbeifährt, Sonnabend von 11/2 Uhr Mittags bis 9/2 Uhr Abds. auf Arbeit, um 10 Uhr zu Bett, nach 5 Stunden Schlaf — um 3 Uhr — aufstehen, 3/2 Uhr mit Wagen fort, den Tag über arbeiten, Abends 9/2 Uhr hier und um 10 Uhr zu Bett! Was sollen die armen Kinder da den nächsten Tag in der Schule fesseln? Väterdem muß man sich sehr wundern, wie man Kinder während der Zeit des Gottesdienstes zum arbeiten lassen! Unbedingt sind die Vorschriften der Regierung übertraten. Da auch auf dem Heimwege Ungehörigkeiten vorgefallen sind, so hat der Kreisschulinspektor angeordnet, daß für diese Woche der Nachmittagsunterricht nicht freigegeben wird. Für die Beförderung der Kinder u. s. w. bestehen ganz bestimmte Verfügungen. Natürlich wird durch diese Anordnung nicht der geschädigt, welcher da 300 Kinder am Sonntage in Arbeit gehabt hat, sondern die anderen Gutbesitzer, die noch Mäben zu verzehren haben, diese werden dadurch betroffen. Daher wäre es wünschenswerth, wenn dieser Fall von der betr. Behörde gründlich untersucht würde.“

Wenn auf dem Heimwege nicht Ungehörigkeiten vorgekommen wären, hätte also wohl nach Ansicht der „Eisleb. Bzg.“ der Kreisschulinspektor gar nicht einschreiten sollen? Und die weitere behördliche Untersuchung erscheint dem prächtigen Blatte auch nur wünschenswerth. Wir sind der Meinung, daß sie unerlässlich ist und für die Folge die schamlose Ausbeutung und Mißhandlung der Kinder verhüten muß. Die Unehrlichkeit, welche armen, wehrlosen Kindern gegenüber bei der Bezahlung vertragsbrüchig geworden sein soll, bedarf noch besonders energischer Vertheiligung durch die untersuchende Behörde. Es sind herrliche Zustände, welche eine derartige Behandlung der wirtschaftlich Schwächsten und persönlich Hilflosesten ermbglichen!

Die Generalversammlung des katholischen Sozialistischen Vereins für Sozialpolitik wird vom 25.—27. September dieses Jahres zu Breslau im Landeshause der Provinz Schlesien abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung, Referent: Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Wilhelm Reichsamt des Innern) und Professor Dr. A. Weber. 2. Die Lage des Hausirgwerbes, Referent: Professor Dr. Stieda-Weipig. 3. Die Entwicklungstendenzen im modernen Detailhandel, Generalreferent: Prof. Dr. Sombart-Breslau; Spezialreferate über Bazare, Waarenhändler, Konsumvereine haben Prof. Dr. Mathygen-Morburg und Dr. Nocke, Syndikus der Handelskammer Hannover, übernommen. — Am 28. September findet ein gemeinsamer Ausflug in das Oberschlesische Industriegebiet statt, wo ein Steinkohlenbergwerk,

Erschreckt drängte sich Jewgeni, der Richter, zwischen die Streitenden. „Also nämlich!“ begann er.

„Ein Hundsfott?“ rief Wassilj, der Fleischer. „Bürschlein, hütet Eure Zungen! Mein Weib hat noch keinem jungen Stier wohlgethan!“

„Also, nämlich!“ setzte Jewgeni wieder an. „Ein Hajdamak —“

Aber auch diesmal gedieh seine Rede nicht weiter.

„Hört!“ rief der „rothe Schymko“ eifrig. „Hört mich an, ich glaube, ich habe die rechte Ansicht! Ich nehme mir nichts vor, weder muthig noch unthätig zu bleiben, sondern ich warte ab, wie die Sache verläuft. Wenn der Mandatar sich verzweifelt wehrt, wenn Blut fließt, so wäre ich ja ein Narr, meine Haut zu Markte zu tragen! Was geht denn die Sache mich an? Habe ich die Gemeinde verhindert, den Acker mit Gewalt zu behaupten? Nein, Taras! Habe ich den Prozeß verloren? Wieder Taras! Habe ich mich zum Rächer aufgeworfen und heisse dafür das Lob des ganzen Landes ein? Abermals nur Taras! Nun denn — so mag auch Taras klären! Aber wenn der Mandatar und die Knechte überwältigt sind und es nun an's Plündern geht, dann wäre ich gleichfalls ein Narr, die Hände in den Taschen zu halten. Dann greife ich hurtig zu — hat nicht der Mandatar auch uns geplündert? Seht Ihr, das ist die richtige —“

„Fui“, unterbrach ihn Georgi Pomenko und auch Wassilj, der Fleischer, rief: „So schäme Dich doch. Bist Du unter Dieben oder unter ehrlichen Leuten?“

„Also, nämlich!“ — ein Hajdamak — und ich als Richter“ begann Jewgeni seine Rede zum dritten Male. Aber wieder wurde er unterbrochen und abermals von der sonoren Stimme des Fleischers.

„Hört“, rief der stattliche Mann und richtete sich hoch auf, „ich will beweisen, daß ich kein Hundsfott bin, wie dieses grüne Bürschlein vorhin rief. Ich bin ein Freund des Taras, wer ihn schmäht, hat es mit mir zu thun! Er ist ein Prachtmensch und ich halte ihn für keinen Hajdamaken,

ein Eisenhüttenwerk, eine Zinkhütte usw. beschäftigt werden sollen.

Ueber einen neuen Zusammenstoß deutscher Soldaten mit Chinesen in der deutschen Zone berichten die „Nachrichten aus Riautschou“. Der Vorfall spielte sich danach folgendermaßen ab:

Die Bewohner des Dorfes Yang-tia-tian, das etwa 15 Kilometer hinter Uijun, aber noch auf deutschem Gebiet liegt, hatten die Vermessungsarbeiten des Wundamentes gekört, indem sie die aufgestellten Basen theils müßig umgerissen, theils gestohlen hatten. Der Aufseher der die Schuldigen auszufindern, wurde nicht entpöden. In Folge dessen wurde eine Strafe von zwanzig Dollars über das Dorf verhängt. Doch auch diese wurde nicht bezahlt; eine Mahnung und eine Preisbewilligung hatten keinen Erfolg. Nunmehr wurde der Polizeiwachtmeister Dittert mit einer Patrouille von sechs Mann ausgesandt, um im Dorf so viel Vieh zu plündern, in der Werth der gestohlenen und umgeworfenen Basen auszumachen. Als der Beamte das Vieh fortzreiben ließ, folgte ihm eine große Zahl von Dorfbewohnern. Sie umringten den Wachtmeister, rissen ihn vom Vieh und warfen mit Steinen nach ihm. Dittert lenkte zunächst, um die Angreifer zu verschrecken, ein paar Schüsse in die Luft ab. Die Chinesen antworteten mit einem wahren Getöse, von dem einer der Soldaten derartig eine Kugel getroffen wurde, daß er zu Boden fiel. Jetzt erst machte die Patrouille von ihren Waffen Gebrauch und zwar ebenso wie ihren Stöck wie von ihren Schusswaffen. Drei Chinesen wurden getödtet, ein vierter schwer verwundet. Darauf zogen sich die übrigen Chinesen in ihr Dorf zurück. Ein Weibskind wegen gleicher Vergehen war auch einer Anzahl anderer Dörfer angesetzt, trotz der Mahnungen aber von keinem Dorfe eine Zahlung erfolgt. Der Vorfall, den die Entreibung der Straße in Yang-tia-tian gezeitigt hatte, machte es daher nöthig, den Bewohnern dieser Gegend die deutsche Oberhoheit mehr als die Augen zu führen. In Folge dessen legte der Gouverneur ein Detachement von einem Offizier und dreißig Mann nach Yang-tia-tian. In einem unweit des Dorfes gelegenen Tempel fand es Unterkunft. Gleichzeitig wurde den Bewohnern durch eine Proklamation der Zweck des dorthin gelegenen Detachements bekannt gegeben. Es ist nunmehr den Orten ein letzter Termin gesetzt. Bezahlen sie bis zu diesem Termin das Geld, so können sie es ganz oder theilweise wieder erarbeiten. Bezahlen sie nicht, werden sie geplündert. Es kommt letztlich darauf an, daß sie dem Befehl der deutschen Obrigkeit nachkommen. Die Dörfer haben jetzt alle die Zahlung versprochen. Bei dieser Gelegenheit kam heraus, daß die Tjans, (Gemeindevorsteher) ihre Dörfern den Befehl, die Strafe zu zahlen, sowie die Mahnungen verheimlicht hatten. Der Vorfall bei Yang-tia-tian war also dadurch entstanden, daß die Leute gar nicht wußten, weshalb man ihnen ihr Vieh wegtrieb.

**Afrika.**

Die Konferenz in Südafrika zwischen dem Präsidenten der Südafrikanischen Republik Krüger und dem englischen Bevollmächtigten Milner ist vom Standpunkt der englischen Forderungen aus ungünstig verlaufen. Dem Paul soll für das Zugehörigkeit des Wahlrechts für die „Uitlander“ (Ausländer) von England die Aufgabe seiner Suzeränität über die Südafrikanische Republik verlangt haben, was verweigert wurde. Die Haltung Krügers hat in England sehr verstimmt. Der Earl Lord des Schages, Balfour, hielt bei dem Festessen der nationalen Vereinigung der konservativen Clubs eine Rede, in welcher er ausführte, das Fehlschlagen der Verhandlungen Krügers und Milners sei eine Quelle tiefen Bedauerns für die Regierung; aber es sei ihre Pflicht, darauf zu achten, daß die Rechte des englischen Volkes nicht mit Füßen getreten werden. Er glaube jedoch nicht, daß die Streitfragen mit der Südafrikanischen Republik unlösbar seien. Die englische Presse verlangt dagegen, daß „strenge Maßregeln“ gegen den südafrikanischen Freistaat ergriffen werden. Der „Standard“ sagt, es sei jetzt die Zeit für eine kräftigere Geltendmachung der Forderungen gekommen, welche mit vielleicht übermäßiger Nachgiebigkeit vertreten worden seien. Krüger müsse nun lernen, daß die Vormacht-Stellung, nach deren Abschaffung er so eifrig strebe, etwas wirklich Bestehendes sei.

**Soziales und Parteileben.**

**Streiks- und Lohnbewegungen.** Ein Maurer-

sondern für einen Mäher, der ein heiliges Werk unternimmt. Aber helfen dürfen wir ihm dabei nicht, weil wir fehschte Hausväter sind, weil wir an Weib und Kind denken müssen. Daß er daran nicht denkt, ist großherzig, aber ich fühle mich nicht stark genug, es ihm gleichzutun. Wer dem Taras hilft, muß eines von beiden wählen: das Buchthaus oder den Bergwald. Darum werde ich mich ruhig verhalten und mit mir jeder gewissenhafte Mann, der sich und die Seinen nicht in's Elend stürzen will.“

„Ja, ja“, riefen die Männer. „Wassilj hat Recht! Wir wünschen, daß dem Taras sein Werk gelinge, aber helfen dürfen wir dabei leider nicht!“

„Weiber?“ fragte der Korporal höhlich. „Aber ruhig zusehen dürft Ihr?“

„Ja“, entgegneten sie, „das wollen wir, und es ist schlimm genug, daß Du, ein Dorfschneid, uns dies verweigert! Wir wollen zusehen und werden darum diese Nacht durchwachen!“

Mit diesem Entschlusse trennten sie sich.

Eine halbe Stunde später schlüpfte der Jungknecht Halko, welcher als Pferdewärter auf dem Hofe der Anuska diente, in die Stube seiner Gebieterin. „Herrin“, fragte er flüchtig den Athems, „ist es denn wahr? Die Leute im Dorfe rufen es einander zu: Taras wird heute um Mitternacht mit hundert Männern das Schloß stürmen! Sie wollen wachen, bis er kommt, aber bloß zusehen, weil sie des Kaisers Schreiber fürchten. Ist es denn wahr, Herrin?“

Bitternd stand Anuska da, glühende Wöthe und tiefe Blässe wechselten auf ihren Wangen.

„Was weiß ich?“ entgegnete sie rauh und finster. „Ich und mein Haus — wir gehören zum Dorfe und nicht zur Schaar des „Rächers“. Und gerade weil er einst der Herr dieses Hofes war, ist nun keinerlei Gemeinschaft mehr zwischen uns und ihm! Die Anderen mögen zusehen, wir bleiben daheim, und weh' dem, der sich erlüht, gegen meinen Befehl zu handeln!“

(Ende des ersten Bandes).



freilich ist in Meerane (Sachsen) ausgebrochen. Es freilich 142 Mann. — In Jena haben die Zimmerer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

**Eine allgemeine Arbeitersperre** wollen die Berliner Bauherren in Szene setzen. Der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmerergewerbe von Berlin und den Vororten hielt am Donnerstag Abend unter Vorsitz des Baumeisters Döbler eine außerordentliche General-Versammlung ab. Hier wurde einstimmig beschlossen, eine Generalarbeitsperre für sämtliche Berliner Maurer zum Dienstag, den 13. d. M. zu proclamieren, falls nicht am Montag, den 12. d. M. auf gemeinsamen Warten die Arbeit seitens der Werkstätten voll und ganz wieder aufgenommen wird. Zur Zeit ruht bereits nach den in der Versammlung gemachten Mittheilungen auf mehreren Bauteilen die Arbeit, nachdem den Gesellen die Forderung eines 65 Pf. Minimal-Stundenlohnes abgelehnt worden ist. Ein Glück, daß es nicht Arbeiter sind, die mit Arbeitsperre drohen; sie würden bald erfahren, daß solche Ankündigungen als Nöthigung oder gar als Verpöschung angesehen und darnach bestraft werden. So aber sind's Unternehmer, Banproben, denen in der Zeit der Huthausvorlage eben alles erlaubt.

**Die erste amtliche Streikstatistik** wird im neuen Vierteljahrshefte für die Statistik des deutschen Reiches veröffentlicht. Die ist nach den Erklärungen mit einer vorläufigen und giebt insbesondere über die Gründe, Dauer und Ausgang noch keine Mittheilungen. Nach diesen Zusammenstellungen wurden im ersten Quartal 1899 191 Ausstände begonnen, von denen 154 wieder beendet sind; außerdem sind noch 7 bereits vor dem 1. Januar 1899 begonnene Ausstände im ersten Vierteljahr d. J. beendet worden. Von den begonnenen Ausständen entfielen 118 auf Preußen, 22 auf Sachsen, 20 auf Bayern, 7 auf Hamburg und 1 auf Elbfürstenthum; in den übrigen deutschen Staaten wurde die Zahl von 3 Ausständen nicht überschritten. Unter den preussischen Provinzen stand, abgesehen von Berlin, wo 26 Ausstände begonnen worden sind, das Rheinland mit 15 Ausständen obenan; dann folgten Brandenburg und Westfalen mit je 11, Sachsen mit 10, Hannover und Westfalen mit je 9 Ausständen. Von den einzelnen Gewerben hatte die meisten Ausstände das Baugewerbe mit 36, dann folgten die Textilindustrie und die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit je 21, die Industrie der Holz- und Holzstoffe und das Bekleidungs- und Schmiedegewerbe mit je 20, und die Industrie der Steine und Erden mit 19 Ausständen. Von den im 1. Vierteljahr 1899 beendeten Ausständen waren im ganzen 108 Betriebe ergriffen worden, von denen 115 zum völligen Stillstand kamen. Die Zahl der Betriebe, in denen der Ausstand sich nicht auf alle ihre Geschäftszweige erstreckte, betrug 78. In sämtlichen Betrieben waren bei Ausbruch des Ausstandes 16246 Arbeiter beschäftigt gewesen, wobei allerdings von 11 Betrieben die Angaben fehlten. Die Höchstzahl der gleichzeitig ansässigen Arbeiter betrug 8129. Von den Ausständigen hatten 4781 keine Mündigkeit, während 3166 „kontraktbrüchig“ waren, wie es im polizeilichen Jargon heißt. Die Zahl der im ersten Vierteljahr begonnenen Ausstände betrug 6, von denen 3, sowie eine früher begonnene beendet sind. Von den beendeten Ausständen waren 9 Betriebe ergriffen, von denen 1 zum völligen Stillstand kamen. In diesen Betrieben waren bei Beginn der Ausstandsperre 512 Arbeiter beschäftigt; die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten betrug 95.

**Die Massenausperre in Dänemark.** Man schreibt aus Kopenhagen, den 6. Juni: Die große Ausperre hier in Dänemark geht ihren unveränderten Gang; sie umfaßt nun ca. 40 000 Mann, da die Arbeitslosigkeit sich mehr und mehr auch auf diejenigen Branchen ausdehnt, welche von dem eigentlichen Bauhandwerk abhängig sind. — Die Stimmung unter den Ausgesperrten ist vorzüglich. Die dänischen Arbeiter machen große Anstrengungen, ihren ausgesperrten Kameraden zu helfen und in den meisten arbeitenden Branchen haben die Arbeiter ihren wöchentlichen Beitrag zu diesem Zwecke auf 10—12 Proz. ihres Wochenverdienstes festgesetzt. Die Ausgesperrten hoffen auch auf die Hilfe ihrer Kameraden im Auslande. Schon jetzt laufen täglich Sympathieschreiben und größere oder kleinere Geldsendungen aus dem Auslande ein, man muß aber bedenken, daß jede Woche über 300 000 Mk. an Unterstützungen ausbezahlt werden müssen.

**Genosse Agster.** Reichstags-Abgeordneter für Pforzheim, sollte nach Zeitungsmittheilungen aus der Partei ausgestiegen sein. Dem Parteivorstand ist, wie der „Vorwärts“ bemerkt, davon nichts bekannt. Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist Agster dagegen erkrankt von einem hochgradigen nervösen Leiden befallen, was wohl die Veranlassung gewesen sein mag, daß der Beobachterswerthe durch allerlei Aeußerungen dem Gerücht Nahrung gegeben hat.

**Zu einer Versammlung der Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt,** die dieser Tage in Halle a. S. stattfand, unterzog Gutherich-Berlin die Redensarten des Reichsversicherungsamtes einer scharfen, aber berechtigten Kritik und stellte die Behauptung auf, daß sich dieselben mit jedem Jahre zu Ungunsten der Arbeiter verschlechterten. Es würde namentlich den Gutachten der Verze, deren Ansichten oft weit auseinander gingen, viel zu viel Werth beigelegt, während es entschieden richtiger wäre, Sachverständige aus Arbeitern- und Arbeitgeberkreisen in größerem Umfange zu Rathe zu ziehen. Denn nur diese hätten ein richtiges Urtheil, ob der Verzele fernernhin in seinem Berufe überhaupt und inwieweit er noch arbeitsfähig sei. Ein großer Mangel sei es ferner, daß die Prozesse sich regelmäßig ein halbes Jahr bis drei Viertel Jahr in die Länge zögen. In den Sitzungen beliebten die Richter, gegenüber den Verzelele einen Ton anzuschlagen, als ob es sich um Angeklagte handle. Das Vertrauen zu dem Reichsversicherungsamt schwinde daher auch immer mehr und mehr. Andere Redner forderten, daß die Krankenärzte nicht zugleich Beratersärzte der Unfallversicherungsvereine sein dürften. Die Versammlung beschloß schließlich, dahin zu wirken, daß 1. in Zukunft die Arbeitervertreter zu den Beratungen von Vorschlagsvorschritten zu den Unfallvorschriften hinzugezogen würden; 2. die Arbeitervertreter Stellung zu der Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz nehmen und für die Beseitigung der in dem Gesetz enthaltenen Fehler Sorge tragen; 3. die obligatorische Einführung der Unfallversicherungsrichtlinien erlangt werde, zu

welchem Zwecke eine Kommission in Berlin zu bilden sei; 4. die ortsüblichen Tagelöhne erhöht würden.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Ein gräßlicher Vorgang spielte sich dieser Tage in der Nähe der Spandauer Bergbrauerei ab. Als der nach Spandau bestimmte Vorortzug an der Brauerei vorbeigefahren war, entsetzte ein Mann von der Charlottenburger Chaussee aus den hohen Bahndamm und legte sich auf das Geleise. Obwohl der Lokführer und viele Fahrgäste dies wahrgenommen hatten, konnte der Zug nicht mehr zum Halten gebracht werden und fuhr über den Unglücklichen hinweg, dem der Kopf und ein Arm vom Kumpel getrennt wurden. Der Selbstmörder ist als der 44 Jahre alte Arbeiter Schwieger vom Königl. Feuerwerkslaboratorium in Spandau rekonnoziert worden. Langwierige Krankheit hat ihn in den Tod getrieben. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie, die nun ihren Ernährer verloren hat. Anfolge Mordens eines Motorboots bei Veerort sind drei Personen ertrunken. Bei einer Übung in Alken-Hein wurde am Montag ein Wägenwachtmeister nebst sechs Dragonern. Der Wägenwachtmeister und ein Dragoner wurden schwer verletzt ins Garnisonlazareth gebracht. Als eine „Ungeheuer“ abate die Schöpfer der Schöpfengericht das Erscheinen im Hofhahnenranne vor Gericht. Der betreffende Kader, ein Schuhmacher aus Berlin, wurde auf Antrag des Staatsanwalts in eine Geldstrafe von fünf Mark verurtheilt. In Folge Streitigkeiten zwischen zwei Frauen, wobei eine Anzahl Lärmwader Partei ergriff, entstand in dem zu Köln eingemeindeten Vorort Ehrenfeld ein großer Kravall zwischen der Polizei und einer nach vielen Tausend Köpfen zahlenden Menschenmenge, bei dem ein großes Postgeleit mit blauer Waffe vorgehen mußte. Die Hauptkräfte in Ehrenfeld, sowie mehrere Zeitungskräfte hielt die Polizei ab. Aus den Kreisen wurden einige auf die Polizeibeamten geworfen, worauf der diensttuende Kommissar Befehl zu scharfem Vorgehen gab. Zahlreiche Personen wurden durch Zabelhiebe verletzt, viele verhaftet. Sämtliche Wirthschaften und Ladenlokale mußten geschlossen werden. Erst als eine Polizeiverstärkung berittener Schupplente erschien, gelang es, die erregt jubelnde Menge auseinander zu bringen. Aus Würzburg wird gemeldet: Vom Thurm der im Bau begriffenen Kaiserliche sturzte ein Arbeiter ab. Ein vorübergehender Lehrer wurde infolge des Sturzes verunglückt. Der Kirchenrath und der Todtengraber des Prager Vorortes Pribram wurden verhaftet, weil dieselben seit längerer Zeit die Gebeine der Verstorbene aus den Gräbern genommen und an Fingerringen verkauft haben. Der Marktbesitzer Siensoheim bei Linz ist am Mittwoch fast ganz niedergebrannt. Zwei Kranke wurden aus den Trümmern hervorgezogen. Mehrere Personen erlitten Verletzungen; eine derselben ist bereits in Folge der Verletzungen gestorben. Zwei Frauen werden vermißt. In Folge einer Explosion brach am Donnerstag Vormittag in einem Materialwaarenladen in Watignolles bei Paris ein Brand aus, bei welchem zwei Menschen ihren Tod fanden. Elf Personen wurden verwundet, darunter mehrere schwer. Zwei Fehlfälle sind, wie der „Times“ aus Teheran von Mittwoch gemeldet wird, in Paris vorgetreten. Der Hafen ist amtlich für verfehlt erklärt.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Das Berliner Landgericht verurtheilte am Dienstag einen Tapeziermeister H. wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß. Er hat angeblich den Kaiser in angetrunkenem Zustande beleidigt; zwei Musiker, denen er Bier spendete, waren so anständig, den Mann zu demüthigen. Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Landgericht in Elberfeld ein Zimmergeselle aus Memmich zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

**„Handlungskommiss“ eine Beleidigung.** Wegen Beleidigung durch die Presse verurtheilte am Mittwoch die Erste Strafkammer zu Halle den Redakteur Gen. Schwienty vom „Volkstblatt“ dem Strafantrag gemäß zu 50 Mk. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängniß. Der Verzelele hatte am 6. April unter der Spitzmarke „Der Landrath als Handlungskommiss“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem darauf hingewiesen war, daß der Landrath v. Richter in Weisweil in seinem Kreisblatte das evangelische Volks-Votum, welches im Verlage von Velhagen u. Klasing in Bielefeld und Leipzig erschienen ist, empfohlen habe. Schwienty meinte, der Landrath habe mit der Empfehlung eines Tendenz-Votums parteiisch gehandelt und sei über seine Befugnisse als Beamter hinausgegangen. Das Gericht erachtete die Beleidigung in der Spitzmarke.

**Wegen Streikposten stehen** waren 12 Arbeiter in Hannover vor das Schöffengericht zitiert worden. Auch nach den Aussagen der zugehenden Polizeibeamten hatten die Angeklagten nichts gethan, als ruhig beobachtet. Einer der als Zeugen anwesenden Schupplente hielt es für angebracht, dem Gerichtshofe das Urtheil des Legnitzer Gerichts gegen die Streikposten zu überreichen. Das half ihm jedoch nichts, das Gericht sprach die Angeklagten frei. In der Begründung heißt es: „das Gericht habe angenommen, daß ein systematisches Streikposten stehen stattgefunden habe, es sei auch zugegeben, daß eine gewisse Anzahl von Personen dadurch beunruhigt sein möchten, indeß die öffentliche Ordnung, sowie der öffentliche Verkehr seien in keiner Weise gestört. Das Streikposten stehen an sich sei das gute Recht der Arbeiter.“ — Wie lange noch??

**Der Dresdener Maurerstreik und die „Hochwohlthliche.“** In Dresden befinden sich bekanntlich die Maurer seit einigen Tagen im Streik, und selbstverständlich ist die Polizei auch bereits in Thätigkeit getreten. So erhielt denn dieser Tage ein minderjähriger Maurer eine schriftliche Vorladung zu einer Vernehmung auf die Dresdener Polizeidirektion, und als er sich pünktlich einstellte, da wird ihm die Frage vorgelegt, ob ihn jemand lausgereizt oder gezwungen habe, zu streiken. Der Maurer erwiderte höchlich verwundert: „Nein, das mache ich allein wie ich will!“ worauf mit den Worten: „Nun, dann ist es ja gut!“ die denkwürdige Unterredung ihr Ende fand. Wohlwemerkt, dieser Maurer hat Niemanden gegenüber auch nur ein Wort davon fallen lassen, daß er sich bedroht fühle, daß er nur gezwungen die

Arbeit niedergelegt habe! Wir haben es hier jedenfalls nicht mit einer vereinzelter Handlung, sondern mit einem System zu thun. Nur so wird die Sache verständlich, wenn wir annehmen, daß ein oder auch alle Bauunternehmer der Polizei Listen der Streikenden überreicht haben und die Polizei danach auf gut Glück die Minderjährigen verhaften läßt, um von ihnen befristet zu hören, was Unternehmer und Polizei anscheinend als sicher annehmen, was sie aber bis jetzt noch nicht haben ermitteln können — nämlich, daß gefehlt wirdige Einwirkungen, Drohungen u. s. w. gegen Arbeitswillige verübt worden sind. Es wäre allerdings in der Zeit der Huthausvorlage fatal, wenn die Polizei nicht auch vom großen Dresdener Maurerstreik mit einem großen Strauß recht graufiger Ausschreitungen aufwarten könnte.

**Die Stützen der Gesellschaft.** Welchen Eifer die Anklagebehörden zum Schutz der Arbeitswilligen befehlen, zeigt Angesichts der Huthausvorlage drastisch eine Gerichtsverhandlung, die kürzlich vor dem Dresdener Schöffengericht stattfand. Ein streikender Schmied hatte zu einem Arbeitswilligen im Laufe der Unterhandlung gesagt: „Wenn Du ein geschiedter Kerl wärst, würdest Du auch mit streiken.“ In einem andern Falle hatte ein Arbeiter einen arbeitswilligen Schmied ebenfalls im Laufe der Unterhandlung ein „dummes Luder“ genannt. Jeder Richter würde einen besonders auf die erste Weise im gewöhnlichen gegenseitigen Verkehr „beleidigten“ anschlacht haben, wenn er mit einer Privatklage gekommen wäre. Da es sich aber um Streikbrecher handelte, war es ganz etwas Anderes. Da erblickte der Staatsanwalt in diesen hartnäckigen Aeußerungen ein Kapitalverbrechen und erhob Anklage wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung. Den beiden Arbeitern wurde wegen der schrecklichen, täglich hundert Mal in scherzhafter oder ernstlicher Weise unter Arbeitern fallenden Aeußerungen wirklich auch der Verze gemacht und der eine auch zu Gefängniß verurtheilt. Charakteristisch aber ist die Thatsache, daß auf diese hartnäckigen Bemerkungen hin überhaupt eine Anklage erhoben wurde. Angesichts solcher Thatsachen davon zu reden, die lieben Streikbrecher seien ganz schuldig vom Terrorismus ihrer Kollegen preisgegeben und die Unzulänglichkeit des Paragrafen zum Ausgangspunkt einer großen, auf die Auebelung der Arbeiter gerichteten Aktion zu machen, zeugt von einer Ignoranz, die an's Unalaubliche grenzt.

**Brieftauben auf Passagierdampfern.** Schon vor längerer Zeit hat die Hamburg-Amerika-Linie beschlossen, ihre Passagierdampfer sowohl von Hamburg, wie von New York aus mit Brieftauben auszurüsten, durch welche die Nachricht von wichtigen Vorkommnissen, insbesondere von einem etwa dem Schiffe zugefallenen Unfall, von hoher See aus auf dem schnellsten Wege der Auederei übermittelt werden kann. Bekanntlich müssen die Brieftauben, bevor sie ihrem Zwecke dienen können, erst eine längere Ausbildungsperiode durchmachen, indem sie noch und nach an das Durchfliegen größerer Strecken gewöhnt werden. Mit der Ausbildung der für den Dienst der Hamburg-Amerika-Linie bestimmten Tauben ist im Frühling dieses Jahres begonnen worden. So wurden am vergangenen Donnerstag beim Abgang des Schnelldampfers „Angusta Victoria“ von Cuxhaven um 8 Uhr Morgens 28 Brieftauben aufgelassen, die um halb zehn Uhr sämtlich in ihrem Schlege in Hamburg wieder eingetroffen waren. Sie hatten mithin die in der Luftlinie etwa 90 Kilometer betragende Strecke in der kurzen Zeit von 90 Minuten, d. h. also 1 Kilometer in 1 Minute, zurückgelegt.

**Der Prinz von Wales und die Sonntagsarbeit der Bäcker.** Vor einigen Tagen konstituirte der Vorsitzende des englischen Bäckerverbandes, J. Jenkins, auf einer Versammlung in Walthamstow, daß bis vor kurzem für den Haushalt des Prinzen von Wales in Marlborough House, jeden Montagmorgen frische Semmeln geliefert wurden. Vor drei Wochen nun sei der Prinz darauf aufmerksam gemacht worden, daß dies Sonntagsarbeit bedeute, gegen welche die Gewerkschaft ankämpfe, und der Prinz habe darauf sofort verfügt, daß diese Praxis fortan unterbleiben solle. Möge sich die Aristokratie daran ein Beispiel nehmen. — Die Sache zeigt den Einfluß der Arbeiterbewegung. In Deutschland erscheint Derartiges zur Zeit noch ganz undenkbar.

**Eine Seuche** ist in der Chinesenstadt von Tjintau ausgebrochen. Am 28. April warnte der deutsche Gouverneur die Bewohner von Tjintau und Umgegend vor dem Vetreten des Mattendorfes bei Tapantau. Es sind dort „eine Reihe schwerer, auch mit dem Tode endender Krankheitsfälle vorgekommen, die zwar im Wesentlichen den Eindruck eines schweren typhösen Malariafiebers (ground-fever der Engländer) machen, aber möglicherweise auch ansteckender Natur sind (Miasmatyphus?).“ Dazu bemerken die „Nachrichten aus Kantschou“: „Nach Verlegung des Marktes nach Tapantau haben sich dort sehr viele Chinesen angesiedelt. Sie wohnen in Erdlöchern und Hütten der jämmerlichsten Art. In dichten Haufen zusammengedrängt, schlafen die Leute unter dem niedrigen Mattendach auf der Erde. Meistens sind es Kulis, die tagsüber als Erdarbeiter beschäftigt sind. Bei der Wassernoth, die in der Kolonie herrscht, trinken die Chinesen das ekelhafte Wasser, das sie in Pfützen finden, ein Unlug, dem zu neuern kaum möglich ist. Schon vor zwei Wochen hörte man von den bedenklichen Erscheinungen. Bisher ist kein Europäer von der Seuche erfaßt worden.“

## Literarisches.

**Die Rechte und Pflichten des Miethers nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch.** Kommentar zum Miethrecht von Rich. Lipinski, 32 Seiten Oktav, Preis 20 Pfgr. Das Bürgerliche Gesetzbuch soll, wie bekannt, am 1. Januar 1900 in Kraft treten und bringt eine bedeutende Aenderung des Miethrechts mit sich. Der Verfasser hat es in dankenswerther Weise unternommen an der Hand der Motive und der Denkschrift zum Bürgerl. Gesetzbuch den Gesetzsetzer zu erläutern und so den Willen des Gesetzgebers möglichst klar festzustellen. Der Verfasser hat die Uebersicht der Bestimmungen dadurch erleichtert, daß er sich in seinen Ausführungen dem Wesen des Miethsvertrages in seinem Verlaufe angepaßt hat. In 23 Abschnitten werden die einzelnen Theile des Miethvertrages behandelt.

Trotz des reichen Inhalts, guter Ausstattung und guten Papiers ist der Preis ein äußerst niedriger und das Format ein handliches.



**Halb verschenkt**

Im Verhältnis zu den gewöhnlichen Vorkäufen werden unsere enormen Vorräthe eleganter, moderner

**Herren- u. Knaben-Garderoben**

die für die Sommer-Saison neu angefertigt sind, damit wir eine schnelle Abnahme derselben erzielten. Beschäftigung auch ohne Kaufwunsch gerne gestattet.

Herren-Anzüge sonst 10-15, | u. 17 an  
 Herren-Anzüge sonst 14-18, | u. 20 an  
 Herren-Anzüge sonst 20-27, | u. 30 an  
 Modells-Anzüge sonst 20-25, | u. 30 an  
 Comm.-Jackets | 10-17, | u. 20 an  
 Comm.-Jackets | 15-21, | u. 25 an  
 Modells-Jackets | 20-30, | u. 35 an  
 Herren-Jackets | 10-15, | u. 20 an  
 Herren-Jackets | 15-21, | u. 25 an  
 Herren-Hosen | 2-4, | u. 1, 25 an  
 Ein Posten helle Herren-Hosen für die Hälfte des Wertes! Große Kosten für die Herstellung, n. Knaben-Anzüge, darunter hoch. Modells-Anzüge weit unter Preis!  
 Knaben-Wasch-Kloster nur 60 Pfg. an.  
 Einzelne Knaben-Hosen nur 65 Pfg. an.  
 Leichteste grüne Sommer-Toppas à 1/2 Pf. an  
 Radfahrer-Anzüge, Havelock nur 1/2 Pf. 7,50 an. Arbeiter-Garderoben unerreicht billig!

**Welthaus Goldene 33**

nur Breitestr. 33, eine Treppe hoch.  
 Billigste Bezugs-Quelle in Lübeck für sämtliche Herren- u. Knaben-Garderoben.  
 Kleiderbilleste gratis!

**Bettfedern u. Daunen**

nur neue Waare, pr. Pfd. von 38 Pfg. an.  
 Lieferung von compl. Betten schon zu M. 13,00.  
 (Der große Umsatz in dem Artikel bürgt für meine Leistungsfähigkeit.)  
 Lübeck. **Otto Albers**, Hofmarkt 10 u. Markt 4.  
 Daarverkauf.

**Photographie.**

Billiger wie jede Concurrenz!  
 Meine Preise sind von heute ab:  
 Visit-Bilder das Dtzd. 4,50 Mk.  
 Cab.-Bilder das Dtzd. 12 Mk.  
 Familien-, sowie Vereins-Gruppenbilder in tadelloser Ausführung zu ganz enorm billigen Preisen.

**M. Heber**

Photograph. Atelier  
 — Fliegenberg 8/9. —

**W. Stark's Möbelmagazin**

30 Marlesgrube 30.  
 Empfehle mein großes Lager von **Möbeln aller Art** von den einfachsten bis zu den feinsten zu wirklich billigen Preisen.  
 NB. Beschäftigung Jedem zu empfehlen, der Möbel zu kaufen beabsichtigt

**Folkers' Möbel-Magazin**

25 Marlesgrube 25  
 empfiehlt gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Überzeugen Sie sich, dass meine **Deutschland-Fahrräder** die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiederverkäufer gesucht.  
 Haupt-Katalog gratis & franco.  
 August Stukendrak, Einbeck  
 Deutschlands größtes Special-Fahrrad-Versand-Haus.

**Louisenlust.**

Morgen Sonntag:  
**Große Tanz-Musik.**  
 W. Giese.

**Städtisches Brauhaus**  
 Schwerin i. M.

empfiehlt Ihre genau nach dem bayerischen Braugesetz gebrauten, ausschließlich aus:  
**Prima Malz, feinstem Hopfen, Tiefbrunnenwasser und Reinbete**  
 hergestellten  
**Lager- und Pilsener Biere.**  
 Unsere Biere sind in Flaschen fast überall erhältlich.  
 Bestellungen für Lübeck und Umgegend erbeten an unsere Niederlage:  
**Fleischhauerstr. 68. Fernsprecher 573.**

**Öffentliche Versammlung**

**sämmtlicher Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Lübecks u. Umgeg.**  
 (umfassend: Straßenbahnangestellte, Droschkentreiber, Dienstmänner, Hausdiener, Kofferträger, Koll. und Wochentischer)  
**am Montag den 12. Juni, Abends 9 Uhr,**  
 im Lokale des Herrn **Vecke**, Lederstraße 3.  
**Tages-Ordnung:**  
 Zweck und Nutzen einer Organisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter; eventuell Gründung einer Zahlstelle.  
 Referent: Herr **O. Schumann-Berlin.**  
 Um eine recht rege Theilnahme ersucht der Einberufer.

Empfehle dem geehrten Publikum meine **Restauration**  
 mit schönem, hübsch am Wasser gelegenen schattigen Garten. 15 Minuten von der Endstation der elektrischen Straßenbahn **Trarstorf** entfernt. Verschiedene gute Biere, ff. Butter, bröde. Vermietten von Lustbädern.  
**Herrenfähr.**  
**H. Vetter.**

**Zoologischer Garten, Lübeck**  
 G. m. b. H.  
 Eintrittspreis: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 15 Pfg.  
 Morgen Sonntag: **Grosses Militär-Concert.**  
 Stallung für Pferde vorhanden.

**Central-Hallen.** Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen. Eintritt frei.

**Neu-Lauerhof.** Heute Sonntag: **Grosses Tanzkränzchen.** Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr. Entrée frei. Im Garten Belustigungen aller Art.

**Concert-Haus „Flora“**  
 Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Ende 12 Uhr. F. Grammerstorf.

**Hansa-Halle.** Jeden Sonntag: **Familien-Kränzchen.** Freier Tanz. Freier Tanz.  
 Mittwoch den 14. Juni: **Vogelschießen.**

**Vereinshaus.** Heute Sonntagabend von 9 Uhr u. Sonntag von 6 Uhr an:  
**Unterhaltungs-Musik.**

**Elysium.** Heute Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Ergebenst **H. Havemann.**

**Stehr's Etablissement.** Heute Sonntag:  
**Grosse Tanz-Musik.**

**Zur neuen Lohmühle.** Am Sonntag den 11. Juni:  
**Großes Ringreiten.**  
 F. Wohler, Str.

**Zum rothen Löwen.** Sonntag den 11. Juni 1899:  
**Großes Topf schlagen.**  
 Anfang 4 Uhr. C. Stage.

**Wakenitz-Bellevue.** Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 W. Kruse.

**Club Fidelitas.**  
**Sommer-Ausflug**

am Sonntag den 18. Juni 1899  
**nach Ratzburg**  
 per Bahn.  
 Abfahrt Lübeck 1 Uhr 30 Minuten.  
 Abfahrt Ratzburg 11 Uhr.  
 Fremdenpreis 1 Mt. für das ganze Veranügen.  
 Zahlstellen sind vom 11. d. Mt. bis incl. 17. beim Kassenführer, Herrn **Callies**, Kupfer-Schmiedestraße 24, zu haben.  
 Der Vorstand.  
 NB. Berathungs-Abend am Montag den 12. Juni.

**Seefahrer-Krankenkasse**

**Sommer-Fest**  
 bestehend in Concert, Scheibenschießen, Damen- u. Kinder-Vergnügen u. Ball  
**am Sonntag den 25. Juni auf Neu-Lauerhof.**  
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei.  
 Der Vorstand.  
 NB. Der Ueberschuss ist zum Besten der Krankenkasse bestimmt.

**Gesangverein „Freiheit“**

Einladung zum **BALLE**  
 am Sonntag den 11. Juni 1899  
 im Lokale des Herrn **Chr. Koch**, Einseel.  
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Eintritt 50 Pfg., Garderobe 15 Pfg.  
 Der Vorstand.

**Sommer-Fest**

des **Holzarbeiterverbandes**  
 bestehend in Concert, Ball, Herren-, Damen- und Kinder-Vergnügen  
**am Sonntag den 11. Juni im Colosseum.**  
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.  
 Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe. Es ladet freundschaftlich ein  
**Das Fest-Comitee.**

**Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.**

Sonntag den 11. Juni 1899  
 im Concordiagarten:  
**5. Stiftungs-Fest**  
 verbunden mit **Bannerweihe**  
 bestehend in Concert, Saal- und Reigenfahrten, lebenden Bildern, sowie Gesangsvorträgen vom Gesangverein „Eintracht“.  
 Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Theodor Schwartz.**  
 Morgens Empfang der auswärtigen Bundesvereine im Vereinshaus, daselbst Musik-Unterhaltung von 11-1 Uhr Mittags. 1 Uhr gemeinschaftliches Mittagessen. Nachmittags 3 1/2 Uhr Corsofahrt nach dem festlich geschmückten Lokale.  
 Anfang 4 Uhr. Ende Morgens.  
 Entrée: Vorverkauf 50 Pfg., an d. Kasse 60 Pfg.  
 Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.  
 Karten sind im „Vereinshaus“ zu haben.  
 Hierzu ladet freundschaftlich ein  
**Das Fest-Comitee.**